

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6222
Redakteur: Emil Dittmer

Wort:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erstmal wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsamt Nr. 3144

Nur ein paar Worte!

Mit der fortgesetzten Entwicklung unserer Organisation treten immer neue Scharen in die Kampfreihen. Deshalb ist es erforderlich, oft Detontes von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen.

Ein erheblich Teil unserer Kollegen ist mit seinen diesjährigen Forderungen zum Abschluß gelangt, und zahlreiche städtische Stats weisen die Merkmale unserer mühevollen Bestrebungen auf. Die berechtigten Wünsche sind zwar meist nur zu geringem Teil in Erfüllung gegangen, aber der schwere Kampf, den wir besonders in den letzten Jahren führen mußten, um ein Sinken der Lebenshaltung unserer Kollegen nach Möglichkeit zu verhindern, hat uns doch so manche Erfolge gebracht.

Wem danken wir diese uns durch Staat und Gesetzgebung gewaltsam aufgenötigte Abwehr?

Existiert irgendwo eine liberale, Bentums- oder konservativ-städtische Verwaltung, die aus freien Stücken — aus gutem Herzen — für die Arbeiter gesorgt hätte?

Mit nichten!

Die unaussprechlich scheinernde Unterernährung und wachsende Verelendung städtischer Arbeiter ist nur durch die Selbsthilfe der gewerkschaftlichen Organisation verhindert worden. Durch die fortgesetzte Kritik der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sowie der Arbeiterpresse, die gleichfalls ihre verstärkte Resonanz in der wachsenden Zahl unserer Organisationszugehörigen fand, ist Schritt um Schritt erkämpft, was wir heute verzeichnen können.

Wer aber ist Ruhnieher dieser Errungen-schaften?

Nicht nur die 40 000, die sich heute bereits um unsere Fahne scharen, sondern auch die weiteren 100 000, die noch unentschlossen, abwartend beiseite stehen.

Ihnen widmen wir diese wenigen Worte:

O, Ihr Kleinmütigen! Was zögert Ihr länger? Kein Zweifel ist mehr am Platze. Seit fünfzehn Jahren hat unsere Organisation sich bemüht um Eure Besserstellung. Leicht läßt sich erkennen, wie segensreich, wie nachhaltig und fruchtbar unser Wirken war. Prüfet nicht länger, sondern entscheidet Euch! Unsere Zeiten dulden keinen Aufschub, keine Verzögerung, denn jedes Zögern bedeutet eine Verlangsamung, jedes Eintreten in unsere Reihen eine Beschleunigung unserer Aktionen.

Und Ihr Phlegmatischen, die Ihr alle Initiative von den Anderen erwartet, macht selbst den Anfang, wenn Ihr nicht sträflicher Gleichgültigkeit geziehen werden wollt.

Ihr Pflichtvergessenen! Wundert Euch nicht, wenn der Horn'den organisierten Kollegen packt, und er Euch als Feind ansieht, weil Ihr ihm zumutet, daß er all die

Opfer trage und Ihr nur mit dabei sein wollt, wenn es zu ernten gilt!

Nicht gar so klein aber mag wohl die Zahl derer sein, denen wir zurufen müssen:

O, Ihr Schmarotzer, Angeber und Anecht-seligen! Darum übt Ihr Verrat an den eigenen Interessen, an den Interessen Eurer Klasse? Meint Ihr, der Judastohn eines „besseren Postens“ oder „sonstiger Vergünstigungen“ könnte Euer Gewissen beschwichtigen? Wie lange dauert es wohl und die Organisation überwindet auch die von Euch hinterrücks geführten Angriffe und Verleumdungen. Und wie steht Ihr dann da? Da hilft Euch kein Vorgesetzter und keine Verwaltung! Ist einmal die Organisation erfolgreich vorgebrungen, so legt sie Euer Treiben lahm, und Ihr seid nicht nur entbehrlich, sondern auch überflüssig für die Verwaltung. Denn mag man im Notfall den Verrat lieben, niemals den Verräter!

Was aber können die Organisierten tun, um unserer Herrschaft verstärkten Zugang zu verschaffen?

Energischer und intensiver noch als bisher muß die Agitation von Mund zu Mund gepflegt werden. Nur auf breiterster Grundlage kann eine Aufrüttelung aller Saumseligen erfolgen. Immer wieder von neuem muß eingeseht werden durch unerschrockenes und anfeuerndes Beispiel jedes einzelnen Mitgliedes, das sich in seiner mühevollen Pionierarbeit durch nichts abhalten lassen darf.

Und wann wären wohl je die Zeiten zur gewerkschaftlichen wie politischen Aufklärung so günstig gewesen wie heute?

Ist doch das zwanzigste Jahrhundert, in dem wir leben, geradezu das Jahrhundert der Organisation. Wohin wir blicken: Um uns: in allen Zweigen der Privatindustrie, über uns: in allen Schichten der Beamten, Festbesoldeten, Vorgesetzten, der geeinte Wille weicher Volksschichten, die eine Besserung ihrer Position erstreben.

Aber auch die von diesen Kreisen längst erreichten kürzeren Arbeitszeiten sind ein Ziel, dem wir nach-eisern.

Mehr freie Zeit für Familie, für Anteilnahme am Kultur- und öffentlichen Leben der Nation, für Mensch-sein!

Dies Ziel steht unverrückbar fest in unserem Programm, und von Etappe zu Etappe werden uns die Schwierigkeiten des Kampfes klarer, wird aber auch die Basis unserer Position breiter und damit unser Vormarsch unerschütterlich. Wir kennen kein Zurück mehr, nur ein Vorwärts!

Sorgen wir im Jahre, da die Reichstagswahlen der Sache des Volkes neue Impulse verleihen, für Aufklärung allerorten und an allen Enden.

Die Internationale Hygieneausstellung und die Gewerkschaften.

Auf die von Mai bis Oktober d. J. in Dresden stattfindende Internationale Hygieneausstellung haben wir schon wiederholt hingewiesen. Ihr Zweck ist, hygienische Belehrung zu verbreiten und dem Besucher vorzuführen, welche Gefahren den Körper bedrohen, inwieweit er dazu beitragen kann, diese Gefahren abzuwenden und wie es möglich ist, den eigenen Gesundheits- und Kräftezustand zu erhalten und event. zu erhöhen. Die Ausstellung soll fünf große Abteilungen umfassen: Die wissenschaftliche, die historische, die populäre, die Sportabteilung und, in alle eingreifend, die Industrie.

Der Generalkommission ging von dem Direktorium der Ausstellung eine Einladung zur Beschickung der wissenschaftlichen Abteilung zu. Mit Rücksicht darauf, daß nach der im Auftrage des Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wupdorff, dem Vorsitzenden der Gruppe K V 3 der wissenschaftlichen Abteilung, „Spezielle Berufsstatistik und Berufshygiene“, übermittelten Einladung besonderes Gewicht auf Vorführungen auf dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Verhandlungsstände zu dem Entschlusse, eine besondere Heimarbeitausstellung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten. Diese Absicht wurde dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung zur Kenntnis gebracht. Mit Schreiben vom 15. Oktober teilte dieser der Generalkommission mit, daß eine solche Heimarbeitausstellung als Sonderausstellung der Generalkommission aufgefaßt werden und dementsprechend die Generalkommission die gesamten Kosten für die Ausstellung selbst übernehmen und Pachtmiete zahlen müßte.

Die Generalkommission erklärte sich dazu bereit, und event. auch einen eigenen Pavillon für die Heimarbeitausstellung auf ihre Kosten zu errichten. Gegen Zahlung eines Pachtpreises von 80 Mk. pro Quadratmeter wollte das Direktorium die zur Heimarbeitausstellung benötigte Halle den Wünschen der Generalkommission gemäß herrichten.

Bei den Verhandlungen mit dem Direktorium der Ausstellung war auch ein Geheimrat aus dem sächsischen Ministerium zugegen. Dieser Herr hatte gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung erhebliche Bedenken und verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie tendenziös ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen.

Die Vertreter der Generalkommission erklärten, auf eine Zusammenkunft mit den Unternehmern zu veranstaltende Ausstellung verzichten zu müssen. Es müsse den Unternehmern überlassen bleiben, ihrerseits die Heimarbeit in der Ausstellung zur Darstellung zu bringen, wie sie es für richtig hielten. Die Lichtseiten der Heimarbeit zur Vorführung zu bringen, hätten die Gewerkschaften keine Veranlassung, weil ihrer Ansicht nach die Heimarbeit in der Hauptsache Schattenseiten aufzuweisen hätte. Tendenziös solle die Ausstellung nicht gestaltet werden. Nur die für die Heimarbeit typischen Verhältnisse sollten zur Darstellung gelangen.

Die vom sächsischen Geheimrat erhobenen Bedenken fanden bei den übrigen Mitgliedern des Direktoriums, insbesondere bei dem Vorsitzenden, keine Gegenliebe. Herr Kommerzienrat Lingner, der Vorsitzende des Direktoriums, erklärte ausdrücklich, die Befürchtungen, daß die Ausstellung tendenziös gestaltet werden könne, seien ungerechtfertigt. Man müsse den Gewerkschaften überlassen, die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Nämlich Uebertreibungen vor, so würde das nur den Eindruck der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge korrigierten sich selbst. Jrgendwelche einschränkende Bedingungen zu stellen, sei nicht nötig.

Gestützt auf diese zweifelstreuen Erklärungen des Direktoriums begannen die Gewerkschaften mit recht umfangreichen Vorarbeiten für die Ausstellung. Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Verichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern, sowie anderer Unternehmerorganisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung mobil gemacht hatte. Die Unternehmer verlangten, daß das Direktorium eine gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung nicht zulasse, oder, wenn dies nicht mehr verhindert werden könne, wenigstens Vorfrage dafür treffe, daß nicht nur die Schatten-, sondern auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung gebracht werden. Um eine tendenziöse Vorführung der Heimarbeit zu verhindern, solle eine Kommission von Unternehmern zur Entscheidung darüber herangezogen werden, was zur Ausstellung zugelassen sei usw. Der Verband sächsischer Industrieller richtete eine Eingabe an das Ministerium des Innern, in welcher er im wesentlichen daselbe wie

vom Direktorium der Ausstellung verlangte. Dieses Vorgehen blieb nicht ohne Erfolg.

Die von dem Direktorium der Ausstellung innerhalb einer Woche in Aussicht gestellte definitive Entscheidung über den Platz, der den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden sollte, ging nicht ein. Als dann die Generalkommission um definitive Bescheid ersuchte, erhielt sie vom Direktorium die Mitteilung, daß auf dem paritätischen Gelände innerhalb der Ausstellung ein ausreichender Platz zur Verfügung stehe und daß wegen der Platzfrage eine erneute Aussprache gewünscht werde. Diese fand Mitte Januar d. J. in Dresden statt. Zur nicht geringen Ueberraschung der Gewerkschaftsvertreter sah das Direktorium jetzt alle von den Unternehmern erhobenen Einwendungen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung für durchaus berechtigt an und verlangte Garantien dafür, daß die Ausstellung nicht tendenziös gestaltet werde. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten auch diesmal, sich den von den Unternehmern diktierten Bedingungen nicht fügen zu können. Insbesondere sei der Vorschlag unannehmbar, eine Aufnahmejurth, in der die interessierten Arbeitgeber vertreten sind, mit der Entscheidung darüber zu betrauen, was zur Ausstellung zugelassen sei. Es wurden eine Reihe weiterer Vorschläge erörtert. Auf Anfrage des Direktoriums erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich ohne weiteres damit einverstanden, daß die Unternehmer in demselben Pavillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeitausstellung veranstalten, und machten weiterhin den Vorschlag, wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht. Als geeignet zu diesem Schiedsrichteramt brachten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, insbesondere den Staatsminister a. D. v. Berlepsch und Herrn Professor Franke, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „schweben in der Luft und kämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden“. Unsere Vertreter machten noch den weiteren Versuch, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Herrn v. Scheben in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen, — aber „auch dieser Herr schwabe in der Luft“, erklärte das Direktorium und damit war auch dieser Vorschlag abgetan. Kommerzienrat Lingner betonte mehrmals, daß er persönlich es durchaus gern sehen würde, wenn eine Basis gefunden werden könnte, welche die gewerkschaftliche Sonderausstellung ermögliche. Die Internationale Hygieneausstellung sei aber von der Regierung subventioniert, zum Teil von den Industriellen abhängig. Er sei also gezwungen, die Wünsche von jener Seite zu beachten. Die verschiedenen, bei der Verhandlung zur Erörterung gelangten Vorschläge sollten erst noch dem Ministerium unterbreitet und dann der Generalkommission schriftlicher Bescheid erteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Direktorium, daß sie nicht im Zweifel darüber seien, wie der im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium gegebene Bescheid ausfallen werde.

Mit Schreiben vom 25. Januar teilte Kommerzienrat Lingner dann der Generalkommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der verschiedenen Vorlagen, die gemeinsam besprochen worden seien, eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und daß deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung nicht zugelassen werden könne.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge sind ein Schulbeispiel dafür, welche Macht das Unternehmertum in Deutschland besitzt. Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessensvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse weiter Vorkämpfer in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte.

Mit ihrem Treiben gegen die Gewerkschaften hat die sächsische Regierung nun erreicht, daß diese auf jede Beteiligung an der Ausstellung verzichten, weil ihnen durch solche Erfahrungen das Vertrauen zur Ausstellungsleitung abhanden gekommen ist. Die herrschenden Klassen werden nun froh sein, daß nunmehr die Sünden des Kapitalismus, wie sie sich in der Heimarbeit zeigen, nicht öffentlich ausgestellt werden. Doch aufgehoben ist nicht aufgehoben, und bei anderer Gelegenheit wird in das Heimarbeiterehend hineingeleuchtet werden.

Erfolgreicher Streit in Kolberg.

Wie den Lesern der „Gewerkschaft“ aus früheren Nummern bekannt, standen die Kollegen Kolbergs in einer Lohnbewegung. Mitte vorigen Jahres hatten sie ihre Forderungen eingereicht. Hierüber ist eingehend berichtet in Nr. 31, 1910, der „Gewerkschaft“. Aus den dort gemachten Angaben ergibt sich, daß der Lohn der Gasarbeiter zwischen 2,20—3,50 Mk. pro Tag schwankt, im Durchschnitt 2,66 Mk. beträgt, bei den Parlarbeitern zwischen 2,40—3,30 Mark, im Durchschnitt 2,48 Mk. gezahlt wird. Solche Löhne sind sicher stark verbesserungsbedürftig. Die Kollegen forderten daher Wochenlöhne von 18—24 Mk., unter Zugrundelegung von sechs Arbeitstagen. Aus den gestellten Forderungen geht ferner hervor, daß die Arbeitszeit verschiedentlich noch über 10 Stunden beträgt. Für Feuerhausarbeiter wurde daher der Achtstundentag, und für alle übrigen Arbeiter, die noch länger denn 10 Stunden pro Tag arbeiten, der Zehnstundentag verlangt. Da auch keine Differenzzahlung zwischen Lohn- und Krankengeld in Krankheitsfällen sowie bei Ableistung militärischer Übungen erfolgt, es ebenso an genügendem Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes mangelt, sowie an der Festlegung von Bestimmungen für Ruhe- und Winterferienversorgung und der Errichtung von Baubuden und Unterkunftsräumen, so wurde in den aufgestellten Forderungen die Durchführung dieser Einrichtungen erhoben; außerdem auch die bessere Bezahlung von Ueberzeitarbeit mit 25 Proz. und der Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag verlangt. Die nach diesem Vorstoß zu gestaltenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollten in die Form eines Tarifvertrages gesselt und bis 1. April 1912 Gültigkeit haben. Für sich eventuell ergebende Differenzen war eine Schlichtungskommission aus gleichen Teilen beider Kontrahenten zusammengestellt unter unparteiischer Leitung vorgesehen.

Schon im Vorjahre war die Organisation am Platze eine verhältnismäßig gute zu nennen. Der Magistrat gab auf die eingereichten Forderungen den Bescheid, daß Ermittlungen angeestellt und späterhin mit der Schlichtungskommission der Arbeiter verhandelt werden solle. Seinerzeit bekundete der Magistrat ausdrücklich sein Vertrauen zu den Verhandlungen mit den Arbeitern, indem er eine allseitig befriedigende Lösung voraussetzte. Selber verzögerte man die Ermittlungen derart, daß die Arbeiter unwillig und unzufrieden wurden. Im November d. J. haben dann auch die Kollegen eine Resolution angenommen, worin man sich wegen dieser Verzögerung wandle und baldige Aufnahme der Verhandlungen forderte. Dessenungeachtet verschleppte der Magistrat diese noch weiter. Die Kollegen sahen sich daher Anfang Februar genötigt, den Magistrat in energischer Weise anzugehen, die in Aussicht gestellte Verbesserung der Lage der Arbeiter schnellstens herbeizuführen. Die Kollegen erhielten jedoch keine Antwort.

Als dieser Verzettelung müde, griffen die Kollegen am Donnerstagsabend, den 16. Februar d. J., zur Arbeitsniederlegung. Mit den am Freitagvormittag außer Arbeit getretenen Kollegen waren es zusammen 117 Mann, und zwar 66 vom Gaswerk, 41 von der Garten- und Parkverwaltung, einschließlich 15 Arbeiterinnen, sowie 20 vom Bauhof. Die Straßenreiniger sowie die Schlachthofarbeiter waren in den Streit vorläufig nicht verwickelt. Der Magistrat versuchte, beide Kategorien als Arbeitswillige heranzuziehen, sie lehnten das Ansuchen ab. Aus der Nachbarschaft gelang es allerdings, Hausreißer anzuwerben. Als diese in Kolberg anliefen, gelang es den Streikenden, sie abzufangen und für ihre Sache zu gewinnen.

In seiner Verdrängnis erließ der Magistrat am Freitag eine Aufforderung an die Bürgerschaft, den Gasconsum möglichst zu beschränken und sich mit anderem Beleuchtungsmaterial zu versehen. Die Sympathie der Bevölkerung war erklärlicherweise auf Seiten der Arbeiter, seitens der Bürgerschaft konnte man eben die Stellungnahme des Magistrats ebensowenig wie dessen Verschleppungspolitik begreifen. Die Mälanitäten für das Publikum wurden immer größer. Auf Intervention einzelner Stadtverordneter ließ sich der Magistrat herbei, in Verhandlungen einzutreten, welche dann am Sonnabend, den 18. Februar, stattfanden. Das Resultat derselben ist der Abschluß eines Tarifver-

trages mit der Organisation, der allerdings noch der Sanctionierung durch das Stadtverordnetenkollegium unterliegt. Die Vertragsgültigkeit ist bis 1. April 1912 festgesetzt. Als Erfolg bringt der Tarifvertrag: Anerkennung der Organisation, des Verbandes der Gemeindefarbeiter; Festsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden für alle Betriebe; Lohnerrhöhung in Gehalt der Zahlung von Wochenlöhnen an Stelle des bisherigen Tagebzw. Stundenlohnes, für erste Feuerhausleute mit 3 Mk. Zulage pro Woche, alle anderen Feuerleute und Kesselheizer sowie die Straßenreiniger, Elektricitätswerks- und Wasserwerksarbeiter gleichfalls Wochenlöhne mit 2,60 Mk. Zulage pro Woche, für die übrigen Arbeiter bleibt es bei den Stundenlöhnen, jedoch mit 3 Pf. und bei den Arbeiterinnen mit 2 Pf. Erhöhung; für Ueberstunden, Sonn- und Nacharbeit (soweit außer dienstplanmäßig) 25 Proz. Zuschlag; 1½stündige Mittagspause; der Weg zum Appellplatz ist für die in Betracht kommenden Arbeiter in die Arbeitszeit einzurechnen; bei schmutziger Arbeit erhalten Arbeiter des Gaswerks Arbeitskleidung; Urlaub erhält jeder städtische Arbeiter nach jähriger Dienstzeit 3 Tage, Erweiterungen sollen erst später erfolgen; zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich auf Grund des Tarifvertrages ergeben, wird eine Schlichtungskommission eingesetzt, die aus gleicher Zahl Arbeiter- und Stadtverwaltungsvertreter unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammengesetzt ist; zu den Verhandlungen der Schlichtungskommission ist ein Organisationsvertreter wie ein Magistratsvertreter als Beirat zuzuziehen. Ein Monat vor Ablauf des Gültigkeitstermines kann der Vertrag gekündigt werden.

An den Verhandlungen nahmen teil der Bürgermeister, verschiedene Magistratsmitglieder und Stadtverordnete sowie Vertreter der Arbeiter und der Organisation. Von ersterem wurde die bestimmte Zusicherung gegeben, daß der Entwurf auch vom Stadtverordnetenkollegium beschlossen werde. Auf Grund dieser Zusicherungen haben am Sonntagmorgen die Gasarbeiter und am Montagmorgen die übrigen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Einmütigkeit der Kollegen sowie die Einheitlichkeit in der Organisation hat somit in Verbindung mit der Unterstützung durch die Allgemeinheit der Arbeiterbewegung einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Können alle unsere Mitglieder und auch alle städtischen Arbeiter einsehen lernen, daß nur auf diese Weise wirkliche Vorteile für die Kollegenschaft zu erreichen sind. Für die Kolberger Kollegen gilt es aber, das Erreichte nicht nur festzuhalten, sondern in Zukunft noch größeren Vorteile zu erobern, damit die nicht gerade unübertrefflichen Verhältnisse weiter gehoben werden können. Je größer und kräftiger die Organisation, je größer unser Einfluß, desto besser die Gestaltung der Existenz der Kollegen.

A. M.

Streikgefahr in den Münchener Gaswerken.

Dem kritischen Betrachter der Arbeitsverhältnisse in den Münchener Gaswerken war es längst kein Geheimnis mehr, daß die Unzufriedenheit bei den Arbeitern, hauptsächlich aber im neuen Werk an der Dachauer Straße, immer größere Kreise zieht. Die wichtigste Ursache bildete die Zuteilung der Handwerker in 3 Lohnklassen, sowie die allzu große „Arbeiterfreundlichkeit“ der Vorgesetzten und des Betriebsleiters Ludwig. Wiederholt wurde die Abschaffung der 2. und 3. Handwerkerklasse gefordert, jedoch immer ohne Erfolg. Abgesehen von einigen wenigen Fällen spielt immer die „Qualifikation“ bei der Beförderung die Hauptrolle. Es wird deshalb auch bei den Handwerkern die Unzufriedenheit solange nicht zurückkehren, bis entweder der Stein des Anstoßes gänzlich beseitigt oder zum mindesten die Aufrückung in die höheren Lohnklassen zugänglicher gemacht wird. Die Verwendung der Handwerker zu allen möglichen Tagelöhnerarbeiten ist auch ein besonderes Mißstand. So konnte man wiederholt sehen, wie Handwerker zum Tragen von Kohlsäcken Treppen auf und ab verwendet werden, ein andermal wieder Schneeschaufeln, dann mit Pade und Schaufel bewässeln, die verschiedenen Erdarbeiten verrichten, zum Kohlenabladen oder wenn der Greifer wieder einmal versagt —

was übrigens nicht mehr überrascht —, zum Kohsherausbefördern aus dem Schacht usw. kommandiert wurden.

Die Verbandsleitung forderte wiederholt im Auftrage der Handwerker die Abstellung solcher Zustände. Aber die Direktion, besonders aber der Betriebsleiter Ludwig, war nicht dafür zu haben: „weil es überhaupt bloß Gasarbeiter gibt“. Man hatte zwar hier und da etwas Besseres versprochen, aber schon nach kurzer Zeit rief der alte Schlenker wieder ein. Allerdings werden die Handwerker im nächsten Moment gleich wieder zu den verantwortungsvollen und schmutzigsten Arbeiten benötigt, wie z. B. Reparaturen bei der Kohlenbeförderung, Arbeiten im Ofenhaus, Separation, Wasserreiniger, Feerpumpen usw. Zu diesen Arbeiten stellt man nicht einmal die notwendigen Schutzkleider zur Verfügung, von einer entsprechenden Zulage für derartige Arbeiten überhaupt gar nicht zu reden. Nun kommt es bei derartigen Arbeiten oft vor, daß hierzu irgendein Stück Werkzeug, Material oder sonst dergleichen benötigt wird. Der betreffende Arbeiter konnte sich das an der Hand des Bestellscheines immer selbst im Magazin herausfinden. Auf einmal wurde den Arbeitern das Betreten des Magazins verboten, da „Diebstähle“ vorgekommen sein sollten. In Wirklichkeit aber dürfte der Grund auch in der Aussage eines besonders nützlichen Elements liegen, der meint, die Arbeiter würden sich hier bloß aufhalten bzw. herumsehen. Wenn nun einer im Ofenhaus arbeitet und braucht etwas, so muß er in erhittem Zustand heraus und vor dem Magazin in Zug und Kälte warten, bis der Magazinier ein paarmal das verkehrte Stück (das er statt des richtigen bringt) austauscht. Jedenfalls wäre es bedeutende Zeitersparnis, wenn der Arbeiter sich das Stück, das er benötigt und auch kennt, gleich selbst im Magazin herausfinden könnte. Weiter läßt die liebe „Ordnung“ in den Werkstätten sehr viel zu wünschen übrig. Anstatt einen alten Arbeitsveteranen für ständig hinzubeordern, der immer Ordnung schafft, liegt alles mögliche Material kreuz und quer umher, von einem Fuß der Fenster gar nicht zu reden. Die Feizer haben 6 Feuer zu versehen, bekommen jedoch den Grundlohn hierfür — wie in Kirchheim — nicht. Die Hilsfeizer haben 12stündige Arbeitszeit. Dem im Ofenhaus beschäftigten Arbeiter werden durch die 27stündige Zwischenzeit der Ladungen bzw. durch die Verschiebung der Schichten wöchentlich bloß 5 und 6, statt 6 und 7 Tage, bezahlt. Man hält es auch nicht für nötig, Betriebsvorschriften für die Ofenarbeiter herauszugeben. Kurz, alle die geschilderten Verhältnisse, die den vorgelegten Inznanzen durchaus nicht mehr neu sind, gaben Veranlassung zu einer ernstesten Stellungnahme der Arbeiter.

In einer Versammlung der Handwerker wurden die entsprechenden Anträge und Wünsche zur Abstellung dieser Mißstände gestellt und die Verbandsleitung beauftragt, mit der Betriebsleitung bezw. der Direktion zu verhandeln. Gleichzeitig wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, gegebenenfalls bei Ablehnung dieser Wünsche mit Arbeitsniederlegung zu antworten. Gauleiter Sebald wandte sich zunächst zwecks Unterhandlungen an die Betriebsleitung, welche ihn gleich an die Direktion verwies. Die Direktion erklärte sich sofort zu Verhandlungen bereit. Der Betriebsleiter Ludwig aber brachte indessen eine völlige Verwirrung unter die Handwerker. Er ließ einen nach dem anderen ins Bureau kommen, sagte den Leuten, daß die gestellten Forderungen, die er übrigens gar nicht zu Gesicht bekommen hatte, abgelehnt seien, und fragte jeden einzelnen, ob er nun „streiken“ wolle. Die Arbeiter witterten unlautere Machinationen und sandten eine Kommission zum Betriebsleiter, die aber kurzerhand mit dem Bemerkten abgewiesen wurde: „So jetzt könnt Ihr streiken, die Sache ist erledigt.“ Das schlug natürlich dem Faß den Boden aus. Die jüngeren Handwerker, die einstimmig beschlossen hatten, eine abermalige Ablehnung ihrer Wünsche nicht ruhig hinzunehmen, hörten sofort zu arbeiten auf, und jene, die 14tägige Kündigung hatten, unterzeichneten eine Kündigungserklärung. Ingenieur Ludwig hatte also, ohne Fühlung mit der Direktion zu nehmen, die in den verschiedensten Punkten Entgegenkommen zeigte, übereilig gehandelt. Inzwischen ist es der Gauleitung sowie den sofortigen Verhandlungen des Arbeiterausschusses gelungen, in vielen der angeführten Beschwerden eine Einigung zu erzielen. Die Kollegen traten denn auch sofort auf Anweisung der Verbandsleitung wieder an ihre Arbeitsplätze zurück, was als ein erfreuliches Zeichen der guten Disziplin der organisierten Arbeiter zu betrachten ist. Erwähnt sei, daß es der besonnenen Haltung des Herrn Direktors Riebs sowohl, wie auch dem Entgegenkommen des Magazinreferenten Panzer zuzuschreiben ist, daß durch sofortige Verhandlung mit der Verbandsleitung, was von einem gewissen sozialen Verständnis genat, die große Gefahr eines allgemeinen Kampfes beseitigt wurde. Wir erwarten aber, daß der Magistrat ebenfalls Entgegenkommen

zeigt und die bescheidenen Wünsche der Gasarbeiter erfüllen wird, denn mit Vertröstungen geben sich die Arbeiter nicht zufrieden. Die Kollegen nahmen nun am 16. Februar zu den Zugeständnissen Stellung. Kollege Sebald referierte über den Verlauf der gepflogenen Verhandlungen, und der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Schmid, berichtete über das Ergebnis der Arbeiterschußführung. An die beiderseitigen Ausführungen schloß sich eine sehr ausgiebige Debatte. Allgemein wurde jedoch bedauert, daß die Zugeständnisse herzlich gering sind. Auf keinen Fall werden die Arbeiter die übrigen Wünsche aufgeben. Die Verbandsleitung wurde daher zum Schluß beauftragt, an die Direktion zu berichten:

„Daß die Handwerker nach wie vor auf die in der Vorlage gebrachten Anträge bestehen, mit der Maßgabe, daß eine günstigere Stellung. Kollege Sebald referierte über den Verlauf der gepflogenen Verhandlungen, und der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Schmid, berichtete über das Ergebnis der Arbeiterschußführung. An die beiderseitigen Ausführungen schloß sich eine sehr ausgiebige Debatte. Allgemein wurde jedoch bedauert, daß die Zugeständnisse herzlich gering sind. Auf keinen Fall werden die Arbeiter die übrigen Wünsche aufgeben. Die Verbandsleitung wurde daher zum Schluß beauftragt, an die Direktion zu berichten:

„Daß die Handwerker nach wie vor auf die in der Vorlage gebrachten Anträge bestehen, mit der Maßgabe, daß eine günstigere Stellung. Kollege Sebald referierte über den Verlauf der gepflogenen Verhandlungen, und der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Schmid, berichtete über das Ergebnis der Arbeiterschußführung. An die beiderseitigen Ausführungen schloß sich eine sehr ausgiebige Debatte. Allgemein wurde jedoch bedauert, daß die Zugeständnisse herzlich gering sind. Auf keinen Fall werden die Arbeiter die übrigen Wünsche aufgeben. Die Verbandsleitung wurde daher zum Schluß beauftragt, an die Direktion zu berichten:

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

I.

In Nr. 19 der „Neuen Zeit“ beleuchtet Genosse Dr. Adolf Braun die gegenwärtig so viel diskutierte Frage „Massen und Führer“. Wie immer, weiß dieser hervorragende Sachkenner der Gewerkschaftsbewegung dem Thema eine neue Seite abzugewinnen, weshalb wir im Auszuge die wichtigsten Darlegungen hier folgen lassen:

Es ist das Schicksal aller Verfassungen im engeren wie im weiteren Sinne, also nicht nur der Staatsverfassungen, sondern auch der Partei-, Vereins- und Organisationsverfassungen, daß sie rasch veralten, daß sie den Bedürfnissen und Machtverhältnissen einer vergangenen Zeit entsprechen, daß sie der Ausdruck wirtschaftlicher und politischer Machtbedingungen nicht der Gegenwart, sondern der Vergangenheit sind. Mißtrauen gegen nicht buchstabengetreue Ausführer der Statuten, Klagen über Prinzipienwidrigkeiten, über Herrschsucht, undemokratisches Gebaren finden wir, und der Widerspruch zwischen geltendem Rechte und wirtschaftlichem Entwicklungsergebnis bleiben auch dem inneren Leben der Arbeiterbewegung nicht erspart.

Neben den formalen Abweichungen zwischen Statutenbestimmungen und mit ihnen nicht zu vereinbarenden Entschlüssen finden sich auch sonst von den Arbeitern sehr schwer empfundene Abweichungen von liebgewordenen Grundsätzen. Vielfach aber sind es nicht Anschauungen grundsätzlicher Art, sozialistischer Natur, die verkehrt werden, nicht selten wird etwas Althergebrachten und deshalb liebgewordenes als sozialistisch bezeichnet, obgleich es diese Bezeichnung nicht verdient. Es finden in uns allen noch mannigfache Reste individualistischer Freiheitsideale, die von den Massen und von so manchen einzelnen, von denen man das nicht erwarten sollte, als sozialistisch bezeichnet werden. Die den einzelnen bindende Freiheit der Entscheidung des einzelnen ist freilich bei uns überwunden, aber die Autonomie des einzelnen Ortes oder der einzelnen Gewerkschaftszugabstelle erscheint vielen als ein heiliges Gut, die Einengung dieser „Autonomie als eine Verletzung heiliger Grundsätze, nicht des Prinzips der Freiheit, sondern — eines sozialistischen Grundsatzes. Wir vergessen nur zu häufig, daß unter den Grundsätzen der absoluten Freiheit die Arbeiter viel zu leiden hatten, daß wir naturrechtlichen Auffassungen zwar nicht in unserer Theorie, aber in dem praktischen Denken der Arbeiter viel zu viel Raum gelassen haben, und daß endlich eine ganze Reihe von Auffassungen über das innere Leben der Partei aus Zeiten stammt, die mit durchaus anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen und vor allem nicht mit den mächtigen Gestaltungen der Organisationen unserer Klassegegner zu tun hatten. Es gibt auch bei uns Gefahren der Verknöcherung, es gibt auch bei uns nicht wenige, die vor jeder Umformung zurückzureden, weil sie in jedem Abschweifen vom Althergebrachten den Verrat und die Vermengung unseres Standpunktes mit fremden Anschauungen mittern. Nichts aber ist gefährlicher, gerade vom revolutionären Standpunkt, als die Verknöcherung der Formen. Sie ist nicht möglich, wenn wir mit offenen Augen die Entwicklung der Wirtschaft und der aus ihr erwachsenden Massen und Organisationen erkennen.

Unsere gewerkschaftlichen Organisationen, von denen hier allein zu sprechen ist, ist eine starke Easigkeit unbedingtes Lebensinteresse. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Gewerkschaftsbewegung unter überholten Verfassungsbestimmungen leidet, die zu sehr bedenklichen und in Zukunft gesteigerten Wider-

sprüchen zwischen verantwortlichen Leitern und den Mitgliedern von Gruppen, die den Kampf wünschen oder im Kampfe stehen, führen müssen. Es ist selbstverständlich, daß Organisationen, die eine Viertel bis eine halbe Million Mitglieder haben, unter anderen Verhältnissen zu wirken haben wie lokale Gruppen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der gewerkschaftliche Kampf heute eine durchaus andere Grundlage hat als zu den Zeiten, da die Organisation einzelnen Unternehmern gegenüberstand. Wer die machtvolle äußere und innere Entwicklung der Unternehmerorganisationen studiert hat, wer auch nur aus den Zeitungen die Taktik der Arbeitgeberverbände kennt, wer die Aufregungen auch der nicht direkt Beteiligten mitgemacht hat während der schwedischen Aussperrung, während der deutschen Bauarbeiteraussperrung, dann als der Kampf der Werftarbeiter zur Aussperrung der Metallarbeiter zu führen schien, wer da weiß, wie wir oft ähnlichen Eventualitäten nahe sind, ohne daß die große Öffentlichkeit es ahnt, der muß sich auch ein Bild von der ungeheuren Verantwortung machen können, welche die Leiter der Gewerkschaftsbewegung heute auf sich gebürdet haben. Die Verantwortlichkeit tritt erst dann in voller Schärfe auf, wenn man die kleinen Ursachen kennt, aus denen die großen Konflikte heute vielfach erwachsen. Die Interessen der Arbeiter im einzelnen Orte oder Bezirk kommen vielfach in scheinbaren oder wirklichen Widerspruch mit dem höheren Interesse, dem Gesamtinteresse der Mitglieder der Organisation. Ueber dieses Gesamtinteresse vermögen aber in der Regel nicht die Mitglieder eines Ortes zu entscheiden, es widerspricht dies auch durchaus den Grundsätzen der Demokratie.

Es liegt sehr nahe, die demokratischen Bedingungen gesichert zu halten, wenn die Entscheidung der obersten Behörde durch eine Urabstimmung aller Mitglieder ersetzt würde. Wer praktisch zu den Problemen Stellung nimmt, weiß nur zu genau, daß diese Urabstimmungen schon aus zeitlichen Gründen, weil zumeist die Entscheidungen rasch getroffen werden müssen, nicht möglich, daß sie auch nicht wünschenswert sind, da sie zu Auseinandersetzungen, zu offenen Darlegungen in der Öffentlichkeit führen müssen, die nur dem Gegner zum Vorteil gereichen und ihn über die tatsächlichen Machtverhältnisse in offiziellster Form aufklären. Wir müssen bei all diesen schwierigen Erwägungen mit aller Strenge und Selbstbeherrschung daran festhalten, daß wir nie einer lieb-gewordenen, vielleicht auch ehrwürdigen Form oder Formel wegen tatsächliche Interessen der Arbeiter in Frage stellen. Schwierig wird das Problem der Elastizität der Gewerkschaften, weil es heute die Gefahr des Widerpruchs von Führern und Massen, von Bürokratie oder, man kann sogar sagen Despotie und Demokratie oder lokaler Autonomie der Gewerkschaften in sich birgt, weil eine lösende Formel trotz mancher Diskussionen nicht gefunden wurde und wohl auch sehr schwer zu finden ist.

Vom Standpunkt der absoluten Demokratie, vom Standpunkt der weitestgehenden Autonomie, von dem der unbeschränkten Selbstbestimmung ist der „Führer“ etwas Unerträgliches, aber er ist da, wir können ihn nicht entbehren, wir bedürfen seiner, wir müssen uns begnügen, ihn zu kontrollieren, ihn immer nur für kurze Zeit mit seinem Amte zu betrauen, ihn auch zurücktreten lassen zu können, ihn zu kritisieren und zu kontrollieren, ihn zu wechseln, wir werden aber, selbst wenn wir die realpolitischen Augen von Ignaz Auer nicht besitzen, mit diesem „Führer“ heute rechnen müssen. Das Wort mag un-demokratisch sein, die Einrichtung wird nicht zu entbehren sein. Man mag ihn Vertrauensmann, Berater, Sachverständigen nennen, man wird mit ihm zu tun haben. Er ist auf das engste verknüpft mit der Demokratie der Massen, er ist unentbehrlich in einer Periode, in der nicht bloß bei uns, sondern auch bei unseren Gegnern in allen Erscheinungen wirtschaftlicher und politischer, ja selbst wissenschaftlicher Betätigung die Kollektivitäten an Stelle der Individualitäten treten. Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften noch manche Veränderungen durchmachen wird. Wir werden auch zu technischen Sachverständigen, zu Verfolgern der neuen Erfindungen, des technologischen Fortschritts, zu Ueberprüfern des Kalkulationswesens in den Fabriken kommen. Neben den administrativen, diplomatischen, agitatorischen, organisatorischen Sachverständigen in den Hauptvorständen, neben den speziellen Sachverständigen für das Massen- und Unterstützungswesen, neben den Referenten über die Streiks werden eben andere, durch besondere Fähigkeiten ausgezeichnete Sachverständige, also Oekonomen, Technologen, Statistiker — es können dies natürlich immer Berufsgenossen sein — den Vorstand bilden, so daß er zu einem in jeder einzelnen Person vom Vertrauen der Mitglieder notwendigerweise getragenen Kollegium von Sachverständigen werden muß.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1909.

III. (Schluß.)

Im übrigen erhoffen wir keineswegs von strenger Reglementierung und von Behörden und Gerichten die Verbesserung eines idealen Zustandes auf diesem Gebiete, solange die Arbeiterschaft nicht selbst an der Durchführung des Arbeiterschutzes ernstlich und mit unermüdbarer Fähigkeit mitarbeitet. Viele Gesetzesentwürfe

würden verhindert werden und die Neigung der Arbeitgeber zu Ueberschreitungen auf diesem Gebiet heilfam eingeschränkt werden, wenn die Arbeiter der betreffenden Betriebe sich dauernd daran gewöhnen, auch immer selbst nach dem Rechten zu sehen und keine ungeselbliche Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen zuzulassen. Auch ein größerer Widerstand der Arbeiterinnen selbst gegen ungeselbliche Beschäftigung wäre wünschenswert. Auf diesem Gebiete bleibt den Gewerkschaften noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit übrig, in die sie sich mit der Gewerbeinspektion zu teilen haben. Es empfiehlt sich zu diesem Zwecke, mit den Gewerbeaufsichtsbeamten möglichst in guter Fühlung zu bleiben, sie zu Vorträgen über Arbeiterschutzfragen in Gewerkschafts- und Arbeiterversammlungen einzuladen und vor allem die Arbeiterausschüsse in den Betrieben, soweit solche bestehen, sowie die Vertrauensleute sorgfältig über die Tragweite des Arbeiterschutzes zu informieren, damit diese bei etwaigen Ueberschreitungen sofort die nötigen Schritte zur Abstellung tun können.

Ueberschreitungen von Arbeiterinnen. Die Bewilligungen von Ueberschreitungen sind das Rotventil der Gesetzgebung gegenüber dem Expansionsbedürfnis der Produktion. Kommt ein industrieller mit der regelmäßigen Arbeitszeit und auch mit der Arbeitsdauer innerhalb der gesetzlichen Grenze des Maximalarbeits-tages nicht aus, so gestattet ihm das Gesetz unter gewissen Voraussetzungen die Längerbeschäftigung der geschützten Arbeitskräfte. Die Statistik umfaßt aber nicht den Gesamtkomplex dieser Ueberschreitungen, sondern nur diejenigen für erwachsene Arbeiterinnen und hier auch nur solche Bewilligungen wegen außer-gewöhnlicher Häufung der Arbeit, die von den unteren und höheren Verwaltungsbehörden nachgelassen sind (§ 138a b. G.-D.). Diese Bewilligungen werden getrennt für die ersten 5 Wochentage und für die Sonn- und Festtagsvorabende. Die letzteren gelten nur für Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben und nicht durch den Fortbildungsschulunterricht behindert sind.

Im Berichtsjahre wurde für die ersten fünf Wochentage 1904 (1901) Anlagen an 82 709 (23 280) Tagen für 139 353 (87 196) Arbeiterinnen Ueberschreitungen gestattet. Der Gesamtumfang dieser Ueberschreitungen betrug 1 962 815,7 Stunden (1908 nur 1 279 132,4 Stunden). Das Maß dieser Ueberschreitungen ist also ganz enorm geworden. Die Zahl der beteiligten Betriebe nahm um 34,0 Proz., die Zahl der betroffenen Arbeiterinnen um 69,8 Proz., die Zahl der Ueberschreitungen um 53,4 Proz. zu. Im Jahre 1908 kamen auf jeden beteiligten Betrieb 16,7, 1909 dagegen 17,5 Ueberschreitungen, 1908 auf jede Arbeiterin 14,7, 1909: 14,1 Ueberschreitungen. Gegenwärtig man sich, daß das Jahr 1909 durchaus kein Jahr der wirtschaftlichen Hochkonjunktur war, so muß man sagen, daß der Appetit der Arbeitgeber nach Ueberschreitungen ebenso rasch gewachsen ist wie der Bewilligungseifer der Behörden.

Auch hier fällt den Gewerkschaften die Aufgabe zu, regulierend in diese Ausdehnung der Arbeitsdauer einzugreifen, indem sie den Widerstand der Arbeiterinnen gegen ungebührliche Heranziehung zur Ueberschreitungen stärken und durch tarifliche Lohnzuschläge für Ueberschreitungs- und Sonntagsarbeit die Neigung der Arbeitgeber und Betriebsleiter, Ueberschreitungen anzuordnen, erheblich einschränken können. Die Voraussetzung dafür ist die möglichste Heranziehung der Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen Organisation.

Sonntagsarbeit. Wie die Mehrarbeit für Arbeiterinnen, so war auch die Sonntagsarbeit im Berichtsjahre in der Zunahme begriffen. Indes war diese Zunahme nicht so stark wie die erstere, was sicherlich nicht auf den minderen Bewilligungseifer der Behörden zurückzuführen ist, sondern auf die erfreuliche Tatsache, daß hier, wo nicht Arbeiterinnen, sondern vor allem erwachsene Arbeiter in Betracht kommen, die Sonntagsbeschäftigung auf ungleich höheren Widerstand stößt und daß überdies die tarifliche Höherbezahlung dem Drang nach Sonntagsarbeit heilsame Schranken setzt. Die Statistik berichtet nur über die gemäß § 105f bewilligten sonntäglichen Ausnahmen der unteren Behörden zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens. Unberücksichtigt bleiben die von den höheren Behörden und vom Bundesrat erteilten Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Im Berichtsjahre erhielten 2584 Betriebe (1908: 2070) für 5312 (3938) Sonn- und Festtage 1 184 587,6 (928 127,3) Stunden Sonntagsarbeit bewilligt. An dieser Beschäftigung waren 112 496 (86 937) Arbeiter beteiligt. Die Zahl der beteiligten Betriebe nahm um 24,8 Proz., die der betreffenden Arbeiter um 20,3 Proz., die der Ueberschreitungen um 27,6 Proz. zu — gegenüber der Zunahme der Mehrarbeit der Arbeiterinnen ein erfreulicher Milderung. Im Durchschnitt entfielen auf jeden beteiligten Betrieb 458,4 (1908: 448,4) und auf jeden betroffenen Arbeiter 10,5 (10,7) Ueberschreitungen. In 1139 Fällen überschritten diese Bewilligungen nicht 5 Stunden pro Sonntag, in 2062 Fällen wurde diese Grenze überschritten.

Schlussbemerkungen. Die Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten ist noch zahlreicher Verbesserungen fähig, auf die wir immer wiederholt die Aufmerksamkeit lenken müssen. Es fehlt noch immer die Feststellung der bei der Durchführung der gewerblichen Sonntagsruhe ermittelten Vergehen und der Verurteilungen. Auch die sonstigen Arbeiterschutzvergehen bleiben völlig unberücksichtigt. Ueber die in den einzelnen Verichten der Gewerbeaufsichtsbeamten mitgeteilten Unfallsziffern aus ihren Bezirken könnten ebenfalls ein-

Heilliche Zusammenstellungen erfolgen. Eine solche Uebersicht nach Aufsichtsbezirken und geographischer Verteilung wäre sehr wertvoll. Ueber die bei den Betriebsrevisionen vorgefundenen hygienischen Mängel, über die Mängel betreffs der Unfallverhütung, sowie über die Anordnungen der Aufsichtsbeamten könnte sehr wichtiges statistisches Material zusammengebracht werden, das die Uebersicht über die Durchführung des Arbeiterschutzes wesentlich erleichtern würde. Vor allem aber ist der Mangel von Angaben über die Nachkontrollen der Betriebe bei ermittelten Gesetzesübertretungen und vorgefundenen Mängeln zu beklagen. Die Statistik gibt keinerlei Auskunft darüber, inwieweit die Auflagen der Gewerbeinspektion seitens der Betriebsleiter durchgeführt worden sind und in wie vielen Betrieben der ordnungsgemäße Zustand im Berichtsjahre nicht erreicht werden konnte. — Bei der Statistik der Ueberarbeit für erwachsene Arbeiterinnen müßte anstatt der auf jeden beteiligten Betrieb entfallenden Durchschnittszahl der Ueberarbeitstage die der Ueberarbeitstunden gegeben werden, da die erstere keinen brauchbaren Vergleichsmassstab bietet. Bei der Statistik der Sonntagsarbeit ist diese Forderung bereits erfüllt.

Seit 1902 stieg die Zahl der Fabriken, die der Gewerbeaufsicht unterstellt sind, von 178 036 auf 267 554 oder um 49,5 Proz., die der Arbeiterinnenbetriebe von 45 690 auf 88 889 oder um 94,5 Proz., die der Betriebe mit Jugendlichen von 61 050 auf 95 304 oder um 56,1 Prozent. Die Gesamtzahl der Arbeiter hob sich von 4 849 108 auf 6 200 225 Personen oder um 28,2 Proz. und zwar die Zahl der erwachsenen Männer von 3 664 641 auf 4 560 890 oder um 24,4 Proz., die der Arbeiterinnen von 860 087 auf 1 190 241 oder um 38,3 Proz., die der jugendlichen Arbeiter über 14 Jahren von 316 303 auf 448 540 oder um 41,1 Proz. und die der Kinder unter 14 Jahren von 8077 auf 11 545 oder um 42,9 Proz. Das stärkere Wachstum der Betriebsziffern erklärt sich daraus, daß zahlreiche Konfektionsbetriebe den Fabrikvorschriften unterstellt sind, die nur wenige Arbeitskräfte beschäftigen. Von den verschiedenen Arbeiterkategorien haben die Kinder unter 14 Jahren die stärkste Zunahme gehabt, dann folgen die Jugendlichen und die Arbeiterinnen. Die geschulten Kräfte sind trotz der Unbequemlichkeiten, die die Arbeiterschutzeinrichtung für die Betriebsleiter mit sich bringt und trotz der endlosen Klagen der Arbeitgeber und ihrer Presse noch immer die geschäftlichsten Arbeitskräfte und zwar um so mehr, je hilfloser und schutzbedürftiger diese Kräfte sind. Daraus ist die Rückschlüsse zu ziehen, daß man auf sozialpolitischem Gebiete durchaus nicht zu zaghaft vorgehen braucht, weder bei der Durchführung, noch bei der Erweiterung des Arbeiterschutzes. Die Statistik beweist schlagend, daß die Drohungen, die Unternehmer würden auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen oder Jugendlichen verzichten, nicht ernst zu nehmen ist. Unterdes ist ja auch eine Erweiterung des Arbeiterschutzes eingetreten, da mit dem 1. Januar 1910 der Rehnshundentag für Arbeiterinnen in Betrieben mit mindestens 10 Personen eingeführt worden ist. Es ist aber auch an der Zeit, einer Erweiterung des Jugendschutzes im Sinne der Einführung der neunzehnjährigen Arbeitszeit für das Alter von 16—18 Jahren und der achttjährigen für das Alter von 14 bis 16 Jahren näherzutreten, die bei dem starken Begehre der Industrie nach jugendlichen Arbeitern sich unschwer durchsetzen ließ.

Eine Verstärkung der Gewerbeinspektion ist dringend erforderlich, um die elementarsten Anforderungen des Arbeiterschutzes zu erfüllen. Diese Verstärkung ist in erster Linie auf dem von Helsen

so erfolgreich beschrittenen Wege herbeizuführen: durch Anstellung von Assistenten aus den Reihen der Arbeiterenschaft. England wählt nicht wenige seiner Arbeitsinspektoren aus den Kreisen der organisierten Arbeiterenschaft und sogar Gewerkschaftsbeamte wurden von ihren Posten hinweg in den staatlichen Dienst berufen. Die Erfahrungen mit diesen Kräften waren die denkbar günstigsten. Auch die deutsche Arbeiterenschaft vermag jederzeit eine ausreichende Zahl qualifizierter Kräfte zu stellen, die den Anforderungen des Gewerbeaufsichtsdienstes durchaus gewachsen sind. Unsere Arbeitersekretäre, denen der preussische Handelsminister Delbrück noch jüngst so hohes Lob spendete, würden sicherlich mit Freuden ihre Kräfte der Durchführung des Arbeiterschutzes widmen, wenn den Regierungen an solcher ernstlichen Durchführung gelegen wäre. Sie würden sich hier ebenso gut bewähren, wie es bereits anderwärts geschehen ist.

Wir wissen freilich, daß auf diesem Gebiete nicht Wünsche und dringende Vorstellungen entscheiden, sondern nur harte und unüberwindliche Tatsachen im Bereich der politischen Machtverhältnisse. Und so werden wir zunächst unermüdet an der weiteren Machtentfaltung der Organisation der Arbeiterklasse arbeiten, bis dieselbe den notwendigen Einfluß im staatlichen Leben errungen hat, um eine Berücksichtigung ihrer Interessen seitens der Regierung zu erzwingen. Aber wir werden nicht taatenlos der Durchführung des Arbeiterschutzes zusehen, bis wir imstande sind, unsere Forderungen durchzusetzen, sondern wir werden mitarbeiten, gleichviel ob diese Mitarbeit geru geziehen wird oder nicht. Diejenigen Gewerbeaufsichtsbeamten, die es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, wissen, daß es keine besseren Förderer des Arbeiterschutzes gibt als diese freiwilligen Mitarbeiter aus Arbeiterkreisen, nur daß diese Mitarbeiter mitunter so unbequem sind, nach dem Erfolg ihrer Anregungen und Mitteilungen zu fragen.

Eine Mitarbeit der Gewerkschaften muß systematisch weiter entwickelt werden; sie muß so zuverlässig und unabweisbar werden, daß sich die Gewerbeinspektion derselben schlechterdings nicht entziehen kann. Je besser auf diese Weise Gewerkschaften und Gewerbeaufsicht zusammenwirken, desto eher werden die Arbeiterschutzbestimmungen in die Praxis übertragen und die Verwirklichung neuer Fortschritte erleichtert werden und desto schneller wird sich auch eine Reform der Gewerbeinspektion durchsetzen, die längst als Notwendigkeit empfunden wird.

Wagen und schlagen.

Es' Ihr es nicht werdet wagen,
Wie auf einen Zauberschlag
Eure Haut zu Markt zu tragen,
Kommt uns nicht der Freiheit Tag.
Pöbelnd seht ihr, wie sie's treiben,
Geht prophetisch zu verkneben:
„Still! Es kann ja nicht so bleiben,
Still! Es muß ja vorwärts gehn.“

Und so könnt ihr tausend Jahr noch
Sagen, daß es kommen muß,
Und wir rücken fort kein Haar noch
Immer gaffend über'n Fluß.
Doch wenn keinen Kampf ihr wagt,
Bleibt die Mumie fernher stehn,
Und wenn ihr sie nicht geschlaget,
Wird die Knechtschaft nie zergeh'n.

Das proletarische Klassenbewußtsein im Spiegel der sozialen Dichtung.

III.

Unter allen sozialen Dichtern aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist wohl Ferdinand Freilich derjenige, der dem Elend des Volkes in herzerregendster Weise Ausdruck verliehen hat. Und wenn er vorwiegend das materielle Elend schildert, so erklärt sich dies aus dem erbärmlichen Zustand jener Zeit zur Genüge. Ein typisches Beispiel von der Verelendung eines ganzen Volkes durch eine an Zahl geringe Oberschicht bietet uns Irland, das grüne Erin, wohl das unglücklichste unter allen Ländern. Und darum erhebt der Dichter seine Stimme und verleiht dem Elend des irischen Volkes eine Zunge:

In roth'ger Reite liegt das Voot, Denn Irlands Fisch ist Herrenfisch,
Das Segel träumt, das Ruder Der Strandherr prahlt vom reichen
lungert, Fange.

Das macht, der Fischerbus ist tot, Leer aber bleibt des Fängers Tisch,
Das macht, der Fischer ist verhungert. So harbt der Fischer, so sein Range.

Und wie dem Fischer, so geht es auch dem Hirten:
Die Herde blüht, die Herde brüllt, Drum ist sein Viehhall ihm ein
Welch ein Gedräng von Küh'n und Worn

Der Ort, von Lumpen schlecht verhält, Ter Mannheit und des Genusses
Und leidet, ah und Willenhorn
Treibt sie ans Meer zum nächsten Dolen, Wird ihm ein Horn des Ueberflusses.

Denn Irlands Vieh ist Herrenvieh, Er läßt in London und Paris
Das gern des Hirten Knochen hartie, Den Zwietsch unterm Wold sich
Und seiner Kinder bräuhend Aine biegen
Der Grundherr schickt's auf fremde Tein Volk, das er zu Hause lieh,
Wärtle. Fällt unterdes wie Winterliegen.

Und wie dem Fischer und dem Hirten, so geht es auch dem Jäger und dem Wildhüter, die im Elend verkommen, und so geht es dem Bauern, dessen Frauen den verhungerten Säugling am Begrabe begraben, während die Grundherren den reichen Ertrag der Ernte verpraßen. Dieser Klageruf schallt Tag und Nacht durch die Fluren des grünen Eilands:

Watt, wie ein angeschoffner Weib, Der Schen der Not, der Jungen
Herschwebt er über Höh'n und Schrei,
Eunde — Der Sterbeschrei aus Erins Munde!

Aber nicht nur das Elend des ländlichen Proletariats ergriff das Herz des Dichters, auch das industrielle Proletariat, das unter der Fuchtel des Kapitals seufzte, fand in ihm seinen Bursprecher. Das Kapital hatte es fertig gebracht, die Arbeitszeit ganz ungeheuerlich zu verlängern und gleichzeitig die Löhne herabzudrücken; es kam vor, daß zwölfsjährige Kinder mehr als 30 Stunden ununterbrochen in den Wurdhöhlen der Fabriken zuridgehalten wurden und das Zubearbeiten war damals an der Tagesordnung, so daß selbst bürgerliche Zeitungen schrieben: „Unsere weißen Sklaven werden in den Tod gearbeitet und sie sterben und verderben ohne Tang und Klang“. Dieses schreckliche Elend spiegelt sich wider in dem herzerregendsten Gedichte „Das Lied vom Hemde“, das mit dem Herzblute des Dichters geschrieben ist:

Alt Fingern mager und müd', Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Alt Augen schwer und rot, Sobald der Hausbahn wach,
In schlechten Lumpen sah ein Weib, Und Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Während fürs liebe Brot, Bis die Sterne glühn durchs Dach,
Zick! Zick! Zick! Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Kuffat sie wirr und fremde, Bis das Hirn beginnt zu token,
In Hunger und Elend lebentlich, Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Tanz sie das Lied vom Hemde, Bis die Augen springen wolk.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Mit der abgelaufenen Woche hat endlich die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans (Etat) begonnen.

Wie kommt ein solcher Haushaltsplan eigentlich zustande? Antwort: Auf demselben Wege wie auch derjenige einer Arbeiterfamilie. Es wird das vorhandene Geld und die im neuen Rechnungsjahr zu erwartenden Einnahmen einerseits, die mehr oder weniger notwendigen Existenzbedürfnisse und die dadurch zu erwartenden Ausgaben andererseits festgestellt und beide Seiten dann durch Abstriche oder Schiebungen in Einklang zu setzen versucht. Zu diesem Zwecke müssen zunächst die Minister und Staatssekretäre der einzelnen Ministerien je gefordert ihre Aufstellungen dem Reichskanzler einreichen: der Postminister, der Kriegsminister, der Staatssekretär der Marine, der Justiz, der Reichseisenbahnen usw. Die letzte Entscheidung trifft alsdann der Reichsfinanzsekretär; oft freilich erst nach langen und mitunter nicht allzu freundlichen Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit seinen Kollegen. Denn keiner will sich gern Abstriche machen lassen, jeder soviel wie möglich Forderungen beim Reichstag durchdrücken. Am unerfülllichsten waren stets und sind noch immer dabei der Flotten- und die Kriegsminister der Einzelstaaten. Ihnen hat man denn bisher auch stets so gut wie alles bewilligt, und die Folge war, daß niemals die Reichseinnahmen ausreichten. Man mußte im Reich immer neue Steuern und Zölle einführen, Schulden über Schulden machen. So ist es gekommen, daß das Deutsche Reich, das vor 40 Jahren, bei seiner Gründung keinen Pfennig Schulden und (aus der französischen Kriegsschädigung) 4000 Millionen Mark Vermögen besaß, jetzt diese 4 Milliarden nicht nur verwirksam, sondern dazu noch 5 Milliarden Schulden erworben hat! Was im Etat an regelrechten Einnahmen fehlte, wurde eben einfach durch Pump ergänzt oder man schuf, wie bei der letzten Reichsfinanzreform immer neue, das Volk aufs schwerste bedrückende Steuern.

Erst seit dieser glorreichen Finanzreform, seit das Volk endlich seinen Unwillen darüber energisch kund zu tun angefangen hat, und ein neuer Staatssekretär, der den bezeichnenden Namen Wermuth führt, angetreten ist, beginnt man wenigstens ein klein wenig besonnener zu wirtschaften. Zwar, die indirekten Steuern bleiben nach wie vor, lassen schwer auf den breiten Massen des arbeitenden Volkes, schreien zum Himmel. Aber die Schuldenwirtschaft sucht man wenigstens um etwas einzudämmen. Den neuen Haushaltsplan, der immer vom 1. April des einen bis zum 1. April des nächsten Jahres läuft, hat Wermuth nach dem Grundjahr anzustellen versucht: keine Ausgabe ohne vorhandene Deckung. Ganz ist freilich auch ihm die Durchführung dieser Absicht nicht gelungen: eine neue Anleihe von rund 100 Millionen Mark macht sich nötig. Aber immerhin, die Absicht, eine solidere Wirtschaft und Finanzgebarung durchzuführen, ist anzuerkennen.

Ist nun, etwa im Sommer jeden Jahres, auf die oben ange-deutete Weise der neue Entwurf des Etats fertig geworden, und hat er im Herbst die Genehmigung des Bundesrats erhalten, so ge-

langt er (zwei dicke, viele Hunderte von Seiten starke Bände) an den Reichstag. Hier wird nun mit ihm wie mit jedem von den Verbündeten Regierungen eingehenden Gesetzentwurf verfahren: Den Abgeordneten werden zunächst einige Wochen Zeit gelassen, ihn zu studieren oder — auch nicht zu studieren. Dann findet im Plenum die erste Lesung statt, bei der freilich gewöhnlich sehr wenig über den Etat selbst, fast ausschließlich dagegen über Fragen der allgemeinen äußeren und inneren Politik geredet wird. Unsere, die Arbeiterpartei, benutzt diese erste Lesung mit Recht zu einer gründlichen Abrechnung mit der arbeiterfeindlichen Klassenpolitik der Regierung und der herrschenden bürgerlichen Klassen. Diese erste Lesung des Etats findet gewöhnlich Anfangs Dezember statt. Alsdann wird der Entwurf des neuen Haushaltsplanes einer stöckigen Kommission, der sogenannten Budgetkommission, zur Spezialberatung überwiesen, in der jeder einzelne Posten in Einnahme und Ausgabe besprochen und oft sehr eingehenden Beratungen unterzogen wird. Je nachdem werden dann auch kleinere oder größere Abstriche vorgenommen oder auch höhere Ausgabenposten angefügt. Das Alles geschieht unter ständiger Anwesenheit einer großen Anzahl von Regierungsvertretern. Und auch dabei wird oft heiß getritten, gefeilscht, gehandelt und verzögert. Erst nach dieser neuen Durchberatung kommt dann der auf diese Weise vielfach umgestaltete Entwurf wieder an das Plenum des Hauses zurück, um hier nun der zweiten Lesung unterzogen zu werden.

Diese sieht derjenigen der Kommissionsberatung in mancher Beziehung ähnlich. Auch sie ist eine Einzelberatung: Kapitel für Kapitel wird hergenommen, erörtert, schließlich wird über jedes einzelne abgestimmt. Dabei halten sich aber gerade die Parteien der Rechten meist sehr zurück. Da sie die Mehrheit im gegenwärtigen Reichstag, also auch in allen seinen Kommissionen besitzen, haben sie ihre Wünsche größtenteils schon in der Budgetkommission durchgesetzt und stimmen dementsprechend auch im Plenum alles diesen Entgegengesetzte nieder. Dagegen benutzen die Parteien der Linken, insbesondere die Sozialdemokraten, diese zweite Lesung des Etats, um vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit allerhand Kritik, Wünsche und Klagen des arbeitenden Volkes vorzubringen. Das ist aber um so nötiger, als es die Sozialdemokratie verdammt, ähnlich wie die bürgerlichen Parteien zu verfahren und hinter den Kulissen von den Regierungsvertretern allerhand Versprechungen und Vorteile zu erheischen.

In der abgelaufenen Woche fand nun der *Marineetat* zur Besung. Dabei wurden von der Arbeiterpartei, die nur von den Freisinnigen Unterstützung erhielt, hauptsächlich drei Dinge zur Sprache gebracht: die Streichung der Heizergulagen, die Frage der Arbeiterauschüsse auf den Werften, und die zum großen Teil zu niedrigen Löhne der bei der Marine beschäftigten Tausende von Arbeitern. Dabei kamen allerhand erbauliche Dinge ans Tageslicht. Da man auch in der Marine angeblich angefangen hat, größere Sparsamkeit walten zu lassen, so ist unter anderem auch den Heizern eine Zulage von täglich 20 Pf. gestrichen worden. Auch den Offizieren hat man einiges an ihren bisher genährten übergroßen Extragebüdnissen gekürzt. Aber das ist im Vergleich mit den Mannschaften lange nicht soviel als diese Streichung der Heizergulagen. Denn niemand verdient solche Zulagen mehr wie diese Männer, die vor den Kesseln, im Waude der Schiffe bei tropischen Temperaturen Dienst tun müssen. Darüber ist der Regierung denn auch manches derbe Wort gesagt worden.

Und so geht die Schilderung des namenlosen Elends weiter; man sieht deutlich, wie die Verzweiflung naht und ihre Jangarme nach der armen Proletarierin ausstreckt. Aber nicht allein die Klasse der Handarbeiter leuchte unter dem Joche des Kapitalismus, auch die Geistesarbeiter, die Proletarier der Bildung, fühlten den Druck des Geldsacks. Das Kapitalprozentum hatte auch die Dichter und Denker, die Gelehrten und Erfinder, vor seinen Siegeswagen gespannt und prekte ihnen das Blut unter den Nägeln heraus. Wie wunderbar verleiht Freiligrath diesem Elend Worte:

Wer den wuchtigen Hammer schwingt, Jedem Ehre, jedem Preis,
Wer im Felde mäht die Wehren, Ehre jeder Hand voll Schwelgen,
Wer ins Mark der Erde dringt, Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Weib und Kinder zu ernähren, Der in Hütten säßt und Wädhent!
Wer fromman den Kochen zieht, Ehre jeder nassen Stirn
Wer bei Woll und Berg und Flacke Hintern Pflügel! — Doch auch dessen,
Hintern Webestuhl sich mäht, Der mit Schädel und mit Hirn
Tah sein Monder Junge wasch! Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

Wo solches Elend über Geistes- und Handarbeiter verhängt ist, wo der Kampf um die nackte Existenz den Inhalt des Proletarierlebens ausmacht, da darf es uns nicht wundern, daß der Sozialismus zunächst alle Hebel in Bewegung setzen mußte, um die materielle Not zu lindern. Denn diese Not ersticht alles Menschliche in uns:

Sie läßt nicht sterben und nicht leben, Streift, was uns Liebliches gegeben,
Sie kreißt des Lebens Blüte ab, Von Herzen und Gemüte ab.

wie der Dichter Bodenstedt singt. Und darum richtete sich das Streben der Menschenfreunde auf das Materielle und der Sozialismus war eine reine Wagenfrage. So sahte noch Heine den damaligen Sozialismus auf, wenn er in seinem Gedichte „Die Wanderratten“ mit einem erschreckenden Jhuismus die heran-

drängenden Proletarierhaufen mit hungrigen Ratten vergleicht, die auf Raub ausziehen, um sich zu sättigen:

Der sinnliche Rattenhaufen Er denkt nicht, während er läuft und
Er will nur fressen und saufen, frist.

Daß unsere Seele unsterblich ist.

Und darum sind diese Ratten auch unempfänglich für alles Höhere; sie wollen nur ihren Magen füllen und höhnisch lachen sie über alle Beschwichtigungsversuche und Unterdrückungsmaßregeln:

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffen- Auch nicht Kanonen, viel Hundert
geters, pfeuder,

Nicht hochwohlwirtsle Senatsbesrete, Sie helfen auch keine, ihr lieben
Kinder.

Auch nicht philosophische Medelünfte und Wortgefechte haben Einfluß auf diese Rassen, die hungern und frieren, denn:

Am hungrigen Magen Eingang finden Nur Argumente von Anderbraten,
Nur Suppenlogik mit Wüdelgründen, Begleitet mit Göttinger Wurstkneaten.

Und dann schließt der Dichter mit einer echt Heineschen Wendung:

Ein schmelzender Stoffsich, in Viel besser, als ein Mirabeau
Butter gesotten, Und alle Redner seit Cicero.

Rehaget den radikalen Rotten

Alle Redner vom großen Römer Cicero bis zum großen Franzosen Mirabeau bereiten den verelendeten Massen nicht so viel Genuß, wie ein Stoffsich, der kein Wort spricht, aber schön in Butter gesotten vor ihnen steht. Wahrlich, drastischer kann der Sozialismus als Magenfrage wohl nicht charakterisiert werden.

Dennoch wurde nur erreicht, daß die Heizer ihre Zulage erhielten für die Tage, wo sie wirklich vor den Kesseln stehen. Der weitergehende sozialdemokratische Antrag, sie ihnen als Löhnungszulage für alle Tage ihrer Dienstzeit zu gewähren, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Beim Punkt Arbeiterausschüsse wiesen die Gewerkschaftsführer nach, daß sie auf den Werften nur Dekoration seien: anstatt den Willen der Arbeiter der Direktion gegenüber zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen, werden sie von letzterer vielmehr so oft als möglich benutzt, um deren Willen bei der Arbeiterschaft durchzudrücken. Statt eines Instruments der Arbeiterschaft sind sie heute häufig ein Werkzeug der Direktion — ein unerhörtes Instrument! Bei der Erörterung der Lohnverhältnisse führt hauptsächlich der Genosse Que das Wort. Er forderte, daß die Marineverwaltung bei Vergebung ihrer großen Aufträge an die Industrie nur solche Firmen berücksichtige, die Tariflöhne zahlen. Er zeigte, wie selbst und gerade bei Arupp, die Firma allein in den letzten drei Jahren einen Gewinn von 46 Millionen Mark gemacht habe, dagegen die Löhne im Vergleich zu den herrschenden Lebensmittelpreisen nicht bessere seien als vor 60 Jahren! Aber, obgleich unsere Forderung in Form einer Resolution sogar eine Mehrheit im Hause fand (offenbar wirkte die Nähe der nächsten Wahlen schon), so besteht keine Aussicht, daß die Marineverwaltung danach handelt. Es bedarf noch der Sammlung von viel mehr Macht, von viel mehr Stimmen für die Arbeiterpartei, um in dieser Beziehung endlich etwas Grundlegendes durchzudrücken.

Darum: Tretet der Gewerkschaft und der Partei bei, agitiert. Hört Euch auf, strebt nach Selbstschutz und Bildung, das alles schafft Macht! Macht aber allein wird die Arbeiterklasse erlösen aus den Fesseln ihrer Gebundenheit.

Jehlehdorf, 18. Februar 1911.

Paul Göhre.

Genossenschaftswesen.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und die Hygiene-Ausstellung in Dresden. Die Leitung der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, deren Verhalten gegen die Heimarbeitersstellung der Gewerkschaften vor kurzem unliebsames Aufsehen erregte, hatte sich auch an den Zentralverband Deutscher Konsumvereine gewandt, um eine Teilnahme der Konsumgenossenschaften an der Hygiene-Ausstellung zu erzielen. Seine Aufforderung hatte auch, trotz anfänglicher Bedenken, den Erfolg, daß sich die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, das Sekretariat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und eine Anzahl größter Konsumvereine aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands entschlossen, in Dresden auszuhalten. Die Vorbereitungen zur Ausstellung sind schon ziemlich weit gediehen, was aber die Konsumvereine nicht abhielt, ihre Zusage zur Beteiligung an der Hygiene-Ausstellung zurückzuziehen, als bekannt wurde, unter welcher Begründung den Gewerkschaften die Beteiligung an der Ausstellung unmöglich gemacht wurde. Die einzelnen Konsumvereine erklärten, nachdem ihnen von dem Vorgang Kenntnis gegeben worden war, daß eine Ausstellung ihrer Ausstellungsobjekte in Dresden nicht mehr in Frage kommen könnte. Das veranlaßte den Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zu dem Beschlusse, auch von der Beteiligung des Sekretariats an der Ausstellung Abstand zu nehmen. Die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine schloß sich diesem Vorhaben an, so daß also jegliche Beteiligung von Konsumvereinen des Zentralverbandes an der Hygiene-Ausstellung unterbleiben wird. Einen Teil der für die Dresdener Ausstellung hergestellten Gegenstände wird man in einer Sonderausstellung sehen können, die von den Konsumvereinen in Leipzig anlässlich des Genossenschaftstages arrangiert wird. Die Konsumgenossenschaften haben sich also solidarisch mit den Gewerkschaften erklärt, eine Handlung, die sicherlich überall in den Reihen der organisierten Arbeiter mit Befriedigung aufgenommen werden wird. Wir können außerdem noch mitteilen, daß auch das Komitee der Heimarbeitersstellung für die Schweiz, das die Absicht gehabt hat, die Dresdener Ausstellung zu besuchen, diese Absicht nicht ausführen wird.

Der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1910. Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hat im verflossenen Jahre eine ansehnliche Umsatzsteigerung zu verzeichnen gehabt. Während sich ihr Umsatz 1909 auf 74 915 813 Mk. belief, betrug er 1910 88 696 649 Mk.; das bedeutet eine Steigerung von 18 Proz. Im vierten Quartal allein wurde gegen das entsprechende Quartal des Vorjahres ein Mehrumsatz von 4 233 546 Mk. erreicht. Im Dezember betrug der Umsatz sogar über 10 1/2 Millionen Mark. Das ist der höchste Monatsumsatz, den die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bisher erzielte. Die Bankabteilung kann im Debet einen Jahresumsatz von 62 110 509 Mk., im Kredit einen Umsatz von 63 229 534 Mk. verzeichnen. Gegen ihr erstes Geschäftsjahr 1909 bedeutet das eine Steigerung von 79 bzw. 81 Proz.

Notizen für Gasarbeiter

Erfurt. In der gutbesuchten Versammlung vom 11. Februar protestierten über 40 Gasarbeiter gegen die Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis, die ihnen die Stadtverwaltung aufbürdet. Solange die Gasanstalten im Privatbesitz waren, erfreuten sich die

Arbeiter der wöchentlichen Lohnzahlung. Jetzt erscheint die Stadtverwaltung mit der 14tägigen Lohnzahlungsperiode. Die Unterstützung der Kollegen war groß, und der Jubiläumsvorstand wurde beauftragt, eine Eingabe an den Magistrat zu richten, worin Abhilfe dieses Zustandes gefordert wird. Verbäufte Klage wurde über die gegenwärtige Behandlung der Arbeiter auf beiden Gaswerken geführt. Waren früher beim Privatbetriebe schon Mißstände vorhanden, so stellen die jetzigen alles bisher Dagewesene in den Schatten. Erst hatte man wenigstens noch Gelegenheit, durch den Arbeiterausschuß um Abhilfe nachzusuchen. Jetzt aber, nachdem das sorgsame Auge des Erfurter Magistrats über den städtischen Gaswerken wacht, besteht auch diese Vertretung der Arbeiterschaft nicht mehr. Die Beamten wälzen wie die Stellvertreter Gottes auf dem Kasernenhofe ihres Amtes. Das Fehlen des Ausschusses gibt ihnen wahrscheinlich die Kraft dazu. „Halten Sie die Schnauze!“ und noch ein ganzes Verzeichnis derartig liebenswürdiger Ausdrücke sind gang und gäbe. Nur gemacht, Ihr Herren! Die Erfurter Gasarbeiter haben schon des öfteren Selbsthilfe geübt und es wird auch diesmal gelingen, übereifrige Beamte ganz energisch in die Schranken zu weisen. Was uns jetzt vorenthalten wird, werden wir uns in absehbarer Zeit wieder erkämpfen, dazu bedarf es aber der Ausdauer und Solidarität eines jeden Kollegen.

Offen. Einen jähen Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen die Laternenwärter führen. Bis zum Schlusse des vorigen Jahres hatte jeder Wärter etwa 60 Laternen zu putzen, anzuzünden und zu verlöschen. Außerdem muß jeder die in seinem Revier beschädigten Glühkörper durch neue ersetzen. In den Wintermonaten hat der einzelne infolge dieser Tätigkeit 12 bis 14 Stunden Dienst. Trotzdem werden die Leute nicht als vollbeschäftigte Arbeiter angesehen, unterziehen nicht der Arbeitsordnung und haben auch auf die in letzterer vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für städtische Arbeiter kein Anrecht. Nur Urlaub wird gewährt. Jede Stunde Arbeit wird mit dem vorerhöhten Lohn von 25 deutschen Reichspfennigen vergütet. Wird ein Wärter krank oder nimmt Urlaub, muß dessen Revier unentgeltlich mit bedient werden. Nach außen hin prunkt aber die Stadtverwaltung, daß sie den städtischen Arbeitern Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes gewährt, sie sagt aber nicht, daß dies auf Kosten der Arbeiter geschieht. Es steht fest, daß der Stadtverwaltung Mehrausgaben durch die Gewährung von Urlaub nicht entstehen. Die von den Wägern geleistete Arbeit — Invalidenarbeit belieben die Herren zu sagen — war aber der Betriebsleitung noch nicht genug, sie glaubte noch mehr aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden zu können und entwarf im Geheimen den Plan, jeden Wärter noch und nach bis zu 70 Laternen zur Bedienung zuzuteilen. Die dadurch übrig werdenden Wärter sollten entlassen werden. Zufällig wurden diese von der Sache unterrichtet, noch ehe der gut durchdachte Plan zur Ausführung gelangte. In der hierauf eingeleiteten Abwehraktion wurden folgende Forderungen aufgestellt und dem zuständigen Vorgesetzten unterbreitet: 1. Mindestlohn von 3,50 Mk. steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zum Höchstlohn von 4 Mk. pro Tag; 2. jedes Revier bekommt 50 Laternen; 3. für kranke oder beurlaubte Wärter sind Ersatzmänner einzustellen; 4. zum Anstreichen der Laternen wird ein Anzug geliefert; 5. es wird eine Beschwerdekommission eingesetzt. Diese Wünsche wurden zunächst dem zuständigen Vorgesetzten unterbreitet. Als dieses keinen Erfolg versprach, wurde in mehreren Versammlungen Stellung in der Sache genommen und der Arbeiterausschuß — in welchem die Laternenwärter aber auch keinen Vertreter haben — mit der Sache betraut. Dieser vertrat die Wünsche bei der Stadtverwaltung, wurde jedoch an die Betriebsleitung verwiesen, weil dies Sache der Betriebsleitung sei. Auch hier ist es noch zu keinem Resultat gekommen, weil die Betriebsleitung die Löhne der in Offen vollbeschäftigten Laternenwärter mit denen der nicht vollbeschäftigten Laternenanzünder anderer Städte vergleicht. Die Herren sollten nur in den anderen Städten nicht nach den Löhnen der Laternenanzünder, sondern nach denen der Laternenwärter fragen, sie belämen dann jedenfalls ein anderes Bild. Wie man Leute, die täglich bis zu 14 Stunden beschäftigt sind, mit solchen vergleichen kann, die eben nur anzünden und vielleicht verlöschen, ist durchaus unverständlich und dürfte eben auch nur der hiesigen Betriebsleitung gelingen. Als dem Ausschuss die Forderungen unterbreitet wurden, wurde gleichzeitig der Weg der Öffentlichkeit beschritten. Das hat die Stadtverwaltung arg verknüpft. Als Genosse Steinbüchel in der letzten Stadterordnetenversammlung eine Prüfung der Verhältnisse der Laternenwärter wünschte, erklärte der Beigeordnete Rath, daß die Stadtverwaltung ihr Bedauern darüber aussprechen müsse, daß die Laternenwärter mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit getreten seien. Sie hätten sich von Düsseldorf einen Gauleiter kommen und eine öffentliche Versammlung abhalten lassen. Zunächst hätten sich die Leute an die Verwaltung bzw. den Arbeiterausschuß wenden sollen. Der Herr Direktor Poth will von den Wünschen der Wärter überhaupt erst durch die Öffentlichkeit erfahren haben. Demgegenüber sei hier nochmals festgesetzt, daß die Wärter ihre Wünsche und Beschwerden den sogenannten Dienstvorschriften gemäß — die allerdings auch keinem Wärter bekannt sind — dem zuständigen Vorgesetzten unterbreitet haben, bevor sie etwas anderes unternommen haben. Nun sollen die Wärter damit eingeschärft werden, daß

man der Frage der mechanischen Anzündung näher treten will. Hier wird sich die Stadtverwaltung in das eigene Fleisch schneiden, denn bei der Lage unserer Stadt ist es fast ausgeschlossen, daß die mechanische Anzündung funktioniert. Ehe man aber den Arbeitern zu ihrem Recht verhilft, werden lieber Tausende zu Versuchszwecken ausgeworfen. Die Hauptsache ist, daß möglichst hohe Ueberflüsse aus den Betrieben herausgewirtschaftet werden, wenn auch die Arbeiter dabei zugrunde gehen. Es ist kapitalistisch Sache der Kollegen ist es, durch festen Zusammenschluß in der Organisation zu beweisen, daß sie ihre Forderungen hochhalten, dann wird es uns gelingen, die Stadtverwaltung davon zu überzeugen, daß die heute gezahlten Löhne denen anderer Städte nachsehen und der heutigen teuren Lebenshaltung entsprechend viel zu niedrig bemessen sind.

• Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

Unfallversicherung und Straßenbahnen. Der als Ausschüßschaffner bei der Dresdener Städtischen Straßenbahn seit mehreren Jahren beschäftigte Dachdecker R. fuhr am Abend des 28. Januar 1910 nach Beendigung einer zweistündigen Ruhepause mit der Straßenbahn von seiner in der Großenhainer Straße belegenen Wohnung nach dem Neuhäbner Markt, um dort einen Wagen der Linie 18 zu übernehmen. Infolge Ueberfüllung einiger Wagen mußte er einige Zeit warten, ehe er mit fortkam, und gelangte somit erst im letzten Augenblicke am Ziele an. Im Begriff, den freien Platz zwischen den Gleisen schneller zu überqueren, mußte er einer Frau ausweichen und verletzte sich dabei an einem Gartenzahn den vierten linken Finger, der schließlich amputiert werden mußte. Die Straßenbahn-Versicherungsgesellschaft hat eine Rentengewährung mit dem Bemerkten abgelehnt, der Verletzte sei nicht im Betriebe verunglückt. Die Betriebsgefahr beginne für den Schaffner erst, wenn er sich auf oder am Wagen befinde. Der Unfall habe sich aber drei Meter vor dem Wagen ereignet, den der Verletzte übernehmen sollte. Die Freifahrt sei nicht im Interesse des Betriebes, sondern in dem des Verletzten erfolgt. (1) R. hätte ebensogut an der Dienststelle ausruhen können. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat die Versicherungsgesellschaft zur Rentenzahlung verurteilt. Kläger habe mit Rücksicht auf die große Entfernung seiner Wohnung von der Dienststelle die Straßenbahn benutzen dürfen, um rechtzeitig an letzterer eintreffen zu können. Er befand sich demnach von dem Augenblicke an, als er die Straßenbahn bestieg, schon im Banne des Betriebs und habe sich auch von diesem dann nicht wieder losgelöst, als er von einem Wagen zum anderen eilte und sich zu diesem Zwecke über die Straße begeben mußte, da er sich nicht aus seinem Pflichtkreis entfernte.

• Aus den Stadtparlamenten •

Berlin. Die Lohnfrage der städtischen Arbeiter beschäftigte am 14. Februar wiederum den mit der Beratung der Angelegenheit eingesetzten Ausschuß. Zur Debatte stand ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, der eine generelle Regelung für die verschiedenen Kategorien städtischer Arbeiter verlangte. Der Antrag lautete: Vom 1. April 1911 ab werden in den städtischen Betrieben Berlins die Arbeitslöhne wie folgt geregelt: 1. den ungelerneten Arbeitern ein Tagelohn von mindestens 4,25 Mk., steigend von 2 zu 2 Jahren um 15 Pf. bis zu 6 Mk.; 2. den gelernten Arbeitern (Handwerkern) ein Tagelohn von mindestens 6 Mk., steigend von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. bis zu 8,25 Mk.; 3. den Betriebsarbeitern und Kohlenarbeitern in den Retortenhäusern der Gaswerke ein Schichtlohn von 5,75 Mk.; 4. die in der Woche fallenden Feiertage werden mit dem vollen Tagelohn bezahlt; Arbeiter, welche an solchen Feiertagen arbeiten müssen, erhalten außerdem ihren Tagelohn; 5. die normalen Tagelöhne gelten für sechs Arbeitstage bezw. Arbeitsnächten in der Woche; Ueberzeitarbeit außerhalb der festen Arbeitszeit zwischen 6 Uhr früh und 9 Uhr abends ist mit 25 Proz. in der Nacht mit 50 Proz. Aufschlag zu vergüten; letzterer Satz trifft auch auf Arbeit zu, welche als siebenter Arbeitstag oder siebente Schicht in der Woche anzusehen ist. Die in einigen Verwaltungen für bestimmte kleine Gruppen oder einzelne Arbeiter bereits bestehenden höheren Löhne bleiben von den vorstehenden Vorschlägen unberührt. Die Sozialdemokraten wiesen in der Begründung zu dem obigen Antrag auf die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnregelung und auf eine Erhöhung der Löhne hin, die in keiner Weise an die Lohnsätze herantreiben, die in den benachbarten Vororten gezahlt werden. Vom Magistratsvertreter wurde erklärt, daß man augenblicklich gar nicht ermessen könne, welche finanzielle Wirkung die Anträge haben würden. Von einer Seite des Ausschusses wurde das im Antrag enthaltene Prinzip einer Lohnerhöhung unterstützt mit einem Hinweis auf zusammengestellte Arbeiterbudgets, und vorgeschlagen, dem Antrag die Form einer Resolution an den Magistrat zu geben. Die Mehrheit aber bekämpfte den Antrag. Man solle keine überspannten Forderungen stellen, man wolle ja auch den Arbeitern entgegenkommen. Man könne sich aber nicht auf Tagelohnzahlung einlassen, man müsse Wochen-, Tage- und Stundenlohn kombinieren, je nach der Natur des Be-

triebes. Das in Aussicht gestellte Entgegenkommen bestätigte die Mehrheit dadurch, daß sie die im obigen Antrage enthaltenen Forderungen ablehnte. Daraufhin wurden die Lohnordnungen der einzelnen Betriebe durchgenommen. Alle Vermählungen der sozialdemokratischen Vertreter, einzelne Arbeiterkategorien, wie die bei der Lohnregelung der Gasarbeiter unberücksichtigt gebliebenen in den Gaswerken, Wasserwerken, bei der Straßenreinigung, auf den Gütern usw., zu einer Lohnerhöhung zu verhelfen, waren vergeblich. Bemerkenswert ist folgendes: Bei der Straßenreinigung wurde gerügt, daß bestimmte Ueberstunden nicht mehr bezahlt würden, entgegen einem Magistratsbeschlusse. Die Angelegenheit soll beim Etat behandelt werden. Dann wurde bemängelt, daß gleichfalls bei der Straßenreinigung eine Herabsetzung der Arbeitszeit vorgenommen worden sei, die einer Verlängerung gleichkomme, ohne in vorgeschriebener Weise den Arbeitersauschüß zu hören. Eine Resolution, nach der die strenge Einhaltung dieses Verfahrens verlangt wird, soll in nächster Sitzung zur Abstimmung gelangen. Es wurde offen ausgesprochen, daß im anderen Falle die Arbeitersauschüsse jeden Wert verlieren würden. Gerügt wurde, daß Handwerker, die vorübergehend in der städtischen Verwaltung beschäftigt werden, nicht den für das betreffende Gewerbe abgeschlossenen Tarif bezahlt erhalten, wie das bei den Malern der Fall sei, die im Betriebe des Schlach- und Viehhofes und bei Krankenhäusern beschäftigt würden. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, gelernten Arbeitern, die vorübergehend in städtischen Betrieben beschäftigt werden, nach den in dem betreffenden Gewerbe festgesetzten Tarifen bezahlt werden, ein Beschluß, nach welchem bereits in Schöneberg verfahren wird.

Bonn. Fürchtbar „angestrengt“ hat sich hier die Bau- und Finanzkommission. Sie empfiehlt den Arbeitern des Tiefbauamtes vom 1. April eine Lohnzulage von 10 Pf. (in Worten: zehn Pfennig) zu gewähren. Die jetzigen Löhne betragen 3 bis 4,20 Mk. pro Tag. Damit diese bescheidene Lohnzulage aber nicht zu reichlich ausfällt, soll an den Höchstlöhnen nichts geändert werden. Wann werden die hiesigen Kollegen zu der Einsicht kommen, daß sie sich nur durch die Organisation anständige Löhne erringen?

Miel. Der Magistrat hat beschlossen, dem Wunsche der Kollegen entsprechend, acht tägige statt der bisher 14 tägigen Lohnzahlungsfristen einzuführen.

Wemel. Die Stadterordneten haben kürzlich beschlossen, den Kammereisführern je 20 Akuten Kartoffelland für 25 Pf. Entschädigung pro Quadratrute zur Verfügung zu stellen. Sie können dadurch ihren eigenen Kartoffelbedarf decken, auch ist ihnen die Haltung eines Mastschweines ermöglicht. Es in Aussicht genommen, diese Einrichtung auch den Kammereisarbeitern und den städtischen Arbeitern des Gas- und Wasserwerks zukommen zu lassen.

• Aus den Gemeinden •

Der Etat der Stadt Berlin für das Jahr 1911 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 319 485 000 Mark. Im vorigen Jahre schloß der Haushaltsetat Berlins mit 800 Millionen Mark ab, während er im Jahre 1900 288 Millionen Mark betrug. Angesichts dieses reichen Anwachsens hat der Magistrat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Erhebung eines Zuschlages von 110 Proz. zur Staatseinkommensteuer und von 166 Proz. zur Gewerbesteuer vorzuschlagen.

Schöneberg. Bei der Oberbürgermeisterwahl erhielten auf dem von den Beigeordneten Dominikus aus Stralburg 44 Stimmen, dem Kandidaten Ruher-Fürth 14 und den Kandidaten Blantenstein vier Stimmen. Dominikus ist somit auf die Dauer von 12 Jahren zum Oberbürgermeister gewählt.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die Kollegen des Wasserwerks „Rüggelsee“ führen seit Jahren einen äßen Kampf um bessere Behandlung der Mitglieder des Arbeitersauschusses. In Nr. 25 der „Gewerkschaft“ v. J. berichteten wir, wie der Dirigent Anklam beliebt, mit dieser „Instanz zur Vertretung der Arbeiterinteressen“ umzuspringen. Die Kollegen ließen sich aber diese Behandlung nicht länger gefallen, sondern richteten eine Beschwerde an die Direktion der Wasserwerke. Dieses Vorgehen wurde von den Kollegen gutgeheißen und die Beschwerde von fast allen Arbeitern des Werkes durch Unterschrift unterstützt. Die Direktion leitete daraufhin eine Untersuchung ein, die jedoch an Parteilichkeit zugunsten des Dirigenten nichts zu wünschen übrigließ. Dementprechend war dann auch die Antwort. Die Direktion versuchte zu widerlegen, ohne daß es gelang. Da sie Gründe nicht fand, mußte folgende Ausrede herhalten: „Durch, daß der Ausschüß durch Einberufung einer Versammlung, in der die Angelegenheit besprochen wurde, diese zu einer Sache des Verbandes gemacht habe“

und die Direktion mit dem Verbanne in keiner Beziehung steht, erübrigt sich die Einberufung einer Sitzung des Ausschusses! Man sieht also, nach echter Straußenart steht die Direktion den Kopf in den Sand. Den Tatsachen gegenüber konnte sie nicht mehr ausweichen, darum diese Ausrede. Eine solche Erledigung von Beschwerden der Arbeiter seitens der Direktion ist den Kollegen aber nichts Neues und sie wären stillschweigend über die Geschichte hinweggegangen, denn der gewollte Zweck ist erreicht worden: Herr A. hat sein Verhalten gegenüber dem Ausschuss so geändert, wie es die Arbeiter wünschten. Nun macht sich in letzter Zeit aber der Aufseher Baumgart in recht auffälliger Weise bemerkbar. Was dem Dirigenten unmöglich gemacht wurde, scheint B. sich aneignen zu wollen. In der Richtung gegen die Arbeiter geht der Aufseher sogar noch weiter wie sein Vorgesetzter. So äußerte er sich kürzlich: „Er brauche keine Arbeiter“. Es ist dies recht bezeichnend, wie der Aufseher, der doch auch noch zum Arbeiterstande zählt, die Arbeiter einschätzt. Bei der Einteilung zu den besser bezahlten Arbeiten zeigt B. eine auffallende Gedächtnisschwäche. Es werden nämlich von ihm diejenigen Arbeiter, welche für die Bessergestaltung der Arbeitsverhältnisse rühmig eintreten, übersehen, während er die Reisetreter öfter zu diesen Arbeiten heranzieht. Bei den Arbeiten selbst erteilt er die sich widersprechendsten Befehle. Die Arbeiter führen auch Beschwerden wegen der in letzter Zeit vorgekommenen ungerechten Entlassungen. So wurde am 7. und 14. Januar je ein Arbeiter entlassen, am 19. ein anderer neu eingestellt. Gründe wurden den Entlassenen nicht genannt. Die Arbeiter vermuten, daß diese Entlassungen mit der Beschwerde des Arbeiterausschusses im Zusammenhang stehen. Der Dirigent sagte anlässlich der Beschwerde betreffend die Unterschriften der Beschwerde des Ausschusses zu einem der entlassenen Kollegen: „Was, Sie haben auch unterschrieben!“ In der letzten Woche wurde wiederum ein Kollege entlassen — aber nicht der zuletzt eingestellte. Diesem wurde als Grund der Entlassung „Arbeitsmangel“ angegeben. Auf einem Wasserwerk wie „Rüggelsee“ müßte doch auch im Winter für alle Arbeiter Arbeit vorhanden sein. Wir möchten hier auf eine hinweisen. Im Zwischenwerk Lichtenberg werden die Reinwasserbehälter alle Jahre gereinigt, in Rüggelsee nicht. Dort sind die Behälter seit fast einem Jahrzehnt ununterbrochen im Betrieb. Es wird uns von glaubhafter Seite mitgeteilt, daß der Behälter C vor 5 Jahren, der Behälter A vor 12 Jahren und der Behälter B vor 14 Jahren zum letzten Male gereinigt wurde. Es erklären sich auf diese Weise vielleicht die im Reinwasserbehälter Lichtenberg gefundenen Schlammklumpen und Schlammfasern; Lichtenberg bezieht ja das Wasser aus Friedrichshagen. Im Interesse der Gesundheit der Berliner Bevölkerung ist es dringend notwendig, daß hier von der Verwaltung einmal nach dem Rechten gesehen wird. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß es geschieht. Aufgabe der in der Wasserwerksdeputation sitzenden Stadtverordneten und Bürgerdeputierten muß es sein, nicht nur einseitig den Angaben der Verwaltung Glauben zu schenken, sondern auch in unparteiischer Weise die Arbeiter bzw. Arbeitervertreter zu hören.

Berlin. Die Arbeiter der Berliner Straßenreinigung sind gezwungen, einen zähen Kampf um die Rechte ihres Arbeiterausschusses zu führen. Der Direktor, Magistratsbauamt Szalla, ein Major a. D., scheint die Kasernenhofpflogenschaften, welche von seinen Aufsehern schon beim Dienst in vielfach geradezu beleidigender Weise angewandt werden, auch jetzt auf den Arbeiterausschuss ausdehnen zu wollen. Ganz wie beim Kommiss sind die Rechte der Untergebenen überflüssige Dinge, welche lästig empfunden werden, und ganz wie dort wird in der Straßenreinigung versucht, den Gehorsam um jeden Preis als blinde Pflicht der Arbeiter zu verlangen. So wurde kürzlich ein Mitglied des Arbeiterausschusses auf ein ruhig und sachlich vorgebragtes Anliegen vom Aufseher der 19. Abteilung, Glimm, mit beleidigenden Redensarten, die gar nicht zur Sache gehörten, belästigt. Auf Anraten der Kollegen beschwerte sich der Angegriffene schriftlich am 2. Dezember vorigen Jahres, was den bezeichnenden Effekt hatte, daß er am 30. Dezember kurzerhand in eine andere Abteilung strafversetzt wurde. Auf persönliche Nachfrage über den Grund dieser merkwürdigen Maßnahme wurde ihm vom Direktor eröffnet, daß er eigentlich entlassen werden müßte, da er dem Aufseher herausfordernd entgegengetreten sei. Das letztere war un wahr und konnte nur auf wahrheitswidrige Angaben des genannten Aufsehers zurückzuführen sein. Das so ungläublich behandelte Arbeiterausschussmitglied gab daher zu Protokoll entsprechende wahrheitsgemäße Erklärungen ab. Das war am 3. Januar — bis heute ist der Kollege nicht zu seinem Recht gekommen; denn kein Wort läßt der Herr Direktor über die falschen Anschuldigungen seines Beamten gegen den Arbeiter verlauten. Man verlangt einfach Kadavergehorsam, und wenn dabei die Ehre des Arbeiters zum Teufel geht. Wer nicht pariert, der fliegt! Dieses Motto ist auch der Leitstern des Direktors bei seinem neuesten Willkürakt. Ohne den Arbeiterausschuss zu hören, wie es das Reglement vorschreibt, ist am 1. Januar einfach eine neue Dienstordnung dekretiert worden, welche eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen enthält. Die Arbeiter werden natürlich nicht wenig erregt darüber, und während die Vertrauensleute des Gemeindearbeiterverbandes sich an die von der Stadtverordnetenversammlung

zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse eingesetzte Kommission beschwerdeführend wandten, zogen es die Leiter des Hirsch-Dunder-schen Ortsvereins der Straßenreiner vor, den Teufel bei Peckelhub zu verklagen und sich beim Direktor über die dekretierte Dienstordnung desselben Direktors zu beschweren. Die Antwort desselben war denn auch danach; denn er erklärte schließlich kurz und bündig, daß er die Dienstordnung zur Unterschrift auslegen werde, und drohte jedem Arbeiter, der nicht unterschreibt, die Entlassung an. Man sollte meinen, daß die „Hirsche“ sich endlich ermannen und — um der lächerlichen Rolle des Arbeiterausschusses ein Ende zu machen — sofort ihre Ausschussmandate zur Verfügung gestellt hätten; der Zustimmung der Verbandsmitglieder im Ausschuss wären sie sicher gewesen. Weit geschäft! Ohne mit der Wimper zu zucken, sind diese braven Stützen der Direktion dabongeschlichen. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß eine solche allergetreueste „Opposition“ dazu anlangt ist, den Herrn Direktor geradezu zu neuen Taten anzureizen. Um dem vorzubeugen, hatte die Sektionsleitung unseres Verbandes zum 17. Februar eine Protestversammlung einberufen, welche sehr gut besucht war. Die heisende und scharfe Kritik des referierenden Verbandsbevollmächtigten Wuhl über die selbstherrliche Art und Weise, wie die Direktion mit dem Arbeiterausschuss umspringt, fand lebhafteste Zustimmung, worauf nachstehende Resolution, welche an die Deputation und an den Magistrat gehen soll, einstimmige Annahme fand: „Die am 17. Februar 1911 im „Englischen Garten“ stattfindende, stark besuchte Protestversammlung der Straßenreinigungsarbeiter nimmt empört Kenntnis davon, daß die neu eingeführte Dienstordnung noch immer nicht dem Arbeiterausschuss unterbreitet worden ist. Die Versammelten verurteilen auf das schärfste die darin zum Ausdruck kommende selbstherrliche Handlungsweise der Verwaltung; sie erheben ganz entschiedenen Einspruch gegen die beliebte Nichtachtung des Arbeiterausschusses und erklären die mit einigen Mitgliedern des Ortsvereins stattgehabte Konferenz als absolut unverbindlich. Die in der letzteren von Seiten der Direktion ausgesprochene Drohung, daß alle Arbeiter, welche die neue Dienstordnung nicht unterschreiben, entlassen werden, weisen die Versammelten zurück und stellen schon jetzt vor der Öffentlichkeit die Wichtigkeit der solchermaßen von den Arbeitern erzwungenen Unterschriften fest.“

Elberfeld. Am 12. Februar hielt der „Städtische Arbeiterverein“ (S.-V.) eine Versammlung im Reichshof ab, zu welcher sämtliche Stadtverordnete eingeladen waren. Offenbar hatte man es auf einen großen Fischzug abgesehen, denn den frei organisierten Arbeitern war der Zutritt zur Versammlung verweigert. Auf den Einladungszetteln, welche den städtischen Arbeitern nur zum Lesen vorgezeigt wurden, damit ja keiner in unsere Hände kommen sollte, war extra vermerkt: „Zutritt zu dieser Versammlung haben nur die Kollegen des Gewerksvereins und Nichtorganisierte.“ Hieraus ist zu entnehmen, daß man es hauptsächlich auf die abgesehen hatte, welche bekanntlich nicht alle werden. Was mögen die Stadtverordneten für einen Begriff bekommen haben, als sie die 40 bis 50 Versammlungsbesucher gesehen haben, die zum Teil nicht einmal städtische Arbeiter, sondern Gewerksvereinsmitglieder aus der Privatindustrie waren. Also, die Leutchen sind bei ihrem Fischzug arg hinten heruntergerutscht. Ja, da ist es doch eine andere Sache, wenn die Polen eine Versammlung abhalten; da ist wenigstens Leben in der Bude. Sie brauchen aber auch keine Gegner zu fürchten, denn bisher hat immer noch jedermann Zutritt zu deren Versammlungen gehabt. Sogar Gewerksvereiner aus der Privatindustrie haben sich an den Diskussionen beteiligen können, trotzdem sie sich schon oftmals recht fleißig aufgeführt haben. Jedenfalls wollten aber die „Hirsche“ den Verrat, welchen sie vor wenigen Wochen an den städtischen Arbeitern begangen haben (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 51, Jahrg. 1910), ihren Mitgliedern mundgerecht machen und bei einer solchen Operation kann man keine Leute gebrauchen, die von der Sache genau informiert sind. Diese hätten sonst leicht mit der Wahrheit auspacken können, welche den „Hirschen“ vielleicht zum Verhängnis geworden wäre. Allem Anschein nach sind die Führer der „Hirsche“ in die Schule der „Brüder in Christo“ gegangen, denn diese schreiben auf ihre Einladungszettel: „Sozialdemokratisch organisierte Arbeiter haben keinen Zutritt.“ Man fürchtet eben, die Wahrheit zu hören. Es sind der Sünden zu viele, welche diese Arbeiterorganisationen auf dem Herdholz haben. Uns kann es recht sein, wenn die Leutchen in verborgenen Ecken und Winkeln, wo die freien Organisationen noch nicht hingekommen sind, neue Mitglieder zu werben suchen. Es ist dies Vorarbeit für die freien Gewerkschaften!

Wetzlar. In unserer Mitgliederversammlung vom 11. Februar referierte H. Freißler über „Unternehmer und Gewerkschaftsorganisationen“. Dem Kartellbericht des H. Freißler ist zu entnehmen, daß der Zwangs-Ausschuss 150 M. erhielt. Die Jahresabrechnung des Kartells ergab ein Vermögen von 3805,62 M. Vom Gewerkschaftssekretär wurde an 1573 Personen Auskunft erteilt. Beschlüssen wurde bei Verdigung eines Kollegen eine Deputation von 3 Mann zu entsenden und dafür eine Vergütung von 2 M. pro Mann zu gewähren.

Hannover. Unsere Filiale hielt am 15. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Reefe hielt einen Vortrag über „Die moderne Weltanschauung“. Die interessantesten Ausführungen wurden von den Mitgliedern mit Beifall aufgenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag angenommen, der Arbeiter-Samariterkolonne 20 Mk. zu überweisen. Mit einem Appell des Kollegen Sabermeyer, in dem er betonte, daß die Kollegen doch dafür Sorge tragen möchten, die Betriebsversammlungen zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Arnsfeld. Trotz der Lebensvertüerung der letzten Jahre ist die städtische Verwaltung dazu übergegangen, den Lohn, den sie bei der Gründung der Straßenreinigung zahlte, zu reduzieren. Demals erhielten die Arbeiter einen Tagelohn von 3,50 Mk., der jetzt auf 2,50 Mk. herabgesetzt wurde. Die Arbeiter am Abfuhrwagen erhalten 10 Pf. mehr, sie müssen aber eine Stunde früher anfangen, so arbeitet diese Kategorie wöchentlich sieben Stunden mehr; für diese Zeit erhalten sie an Lohn 70 Pf. mehr. Da sage einer, daß die Stadt nicht kulant sei. Diese Löhne steigen aber gewaltig, alle zwei Jahre um 10 Pf., bis zu einem Höchstlohn, der den Arbeitern unbelastet ist. Die Straßenreiniger müssen an allen Sonn- und Feiertagen arbeiten, sie haben im ganzen Jahre nur drei Schichten frei, die ihnen aber noch an Lohn in Abzug gebracht werden; auch das ist eine soziale Einrichtung. Wie stehen nun die Verhältnisse in dem Betriebe? Die Kolonnen sind zu 17 Mann eingeteilt, die ihr Pensum bis 7 Uhr morgens erledigt haben müssen. Es kommt aber nicht selten vor, daß drei bis vier Arbeiter aus einer Kolonne krank sind, so daß 13 bis 14 Arbeiter das nämliche Pensum zu leisten haben, ohne daß für die Befehlenden Ersatz gestellt wird. Daß Krankheiten bei den Straßenreinigern keine Ausnahmefälle sind, erklärt sich dadurch, daß sie Sturm und Regen ausgeht und, und es sehr häufig vorkommt, daß die Arbeiter eine Stunde mit nassen Kleidern, sowie nassgeschwitzt vor dem Tore stehen müssen, bevor es geöffnet wird. Aber auch das trodene Wetter nimmt die Straßenreiniger mit, da der aufwirbelnde Staub, der nicht wenig Bazillen enthält, von ihnen eingeatmet wird. Es ist festgestellt, daß die meisten der Kranken von der Straßenreinigung lungenkrank sind. Das Schlimmste ist bei den Straßenarbeitern der Dusch, sie müssen diesen an der Pferdetränke stillen, der Besuch einer Wirtshaus zieht die Entlassung nach sich. Es wäre an der Zeit, daß sich die Verwaltung mehr um die Arbeiter bekümmert und dafür Sorge trägt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Eine bessere Ernährung und die Einführung von Ruhetagen ist dringend notwendig für diese Arbeiter, dann wird auch der Gesundheitszustand der Leute ein besserer. Die städtischen Arbeiter aber ersuchen wir, sich der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen, um sich bessere Arbeits- und Lohnbedingungen selbst zu erkämpfen.

Offenbach a. M. In der am 11. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende den Kartellbericht. Des Weiteren teilte er mit, daß die städtischen Vorarbeiter einen Verein gegründet haben. Eine in 14 Tagen stattfindende Versammlung, zu welcher Kollege M a r o l e das Referat übernimmt, wird sich mit diesem Verein des näheren beschäftigen. Die Abrechnung vom Winterfest ergab einen Ueberschuß von 130,34 Mk. Kollege P l u m e konnte berichten, daß die Agitationskommission 36 neue Mitglieder gewonnen hat. Er ersuchte um Angabe von Adressen unorganisierter Kollegen, damit diese durch Hausagitation gewonnen werden.

Wormsheim. In einer Ende Oktober vorigen Jahres in der Stadtgärtnerei abgehaltenen Betriebsversammlung gelang es uns, Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Am nächsten Tage wählte der Ressortvorstand bereits die Namen der neuen Mitglieder und Stadtgärtner S o s j m a n n machte seinem Groll mit folgenden Worten Luft: „Aufwiegler und Heher bulde ich nicht, Rebellion gibt es auch keine, im andern Falle werse ich die Betroffenen raus“. Damit erreichte er, daß 2 wieder austraten; die 3 Standhaften wurden aber zur Friedhöferweiterung strafversetzt. Die Vorstellung, daß 2 von ihnen Reviergärtner seien, wurde in Abrede gestellt, trotzdem jeder eine Legitimationskarte vom Stadtrat in Händen hatte. Raum waren die Gemahregelten auf ihrer neuen Arbeitsstätte, als auch schon der allgewaltige Ressortchef S o s j m a n n, dem Aufseher telephonierte: Die drei Gärtner seien abseits von den anderen Arbeitern zu stellen sonst würden die 4-40 Erdarbeiter angestekt und aufgewiegelt. Die drei Kollegen merkten aber bald, daß diese ebenfalls mit dem Betriebeschef S o s j m a n n unzufrieden waren. Was es doch nicht einmal eine weitere Unternehmlichkeit. Ein alter Jahrmarktstand war da mit einem schlechten Ofen. In der Hütte selbst konnten vielleicht 10 bis 12 Mann Platz haben, die übrigen mußten auf der Straße stehen. Erst durch Eingreifen unsererseits und des Stadtverordneten B e n z (Soj.) wurde eine bessere Hütte aufgestellt. Auch die Steingräber haben schon Klagen gegen Herrn S o s j m a n n gehabt. Daher sei den Arbeitern der Stadtgärtnerei zugerufen: Trete alle ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der Organisation ist Euer Platz, wo Ihr mit den organisierten städtischen Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen könnt.

Rundschau

Zum Frauentage. Am 19. März d. J. wird die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich überall in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts erheben. Ihre Begründung erhält diese Forderung durch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Die Bestimmungen der Gesetzgebung sind auch für die weibliche Bevölkerung bindend und nicht selten gerade für diese von weittragender Bedeutung. Die Steuerlasten, die Staats- und Gemeindeverwaltung der Bevölkerung auferlegt und unter denen die besitzlose Klasse besonders leidet, sind für die Arbeiterfrauen eine ständige Quelle von Sorgen. Der Frauen Aufgabe ist es zumeist, die geringen Mittel, über die eine Arbeiterfamilie verfügt, so einzuteilen für Miete, Kleidung und Nahrung, daß das einzige Bestreben der Arbeiterfamilie, die Arbeitsfähigkeit, erhalten bleibt. Erhöhte Aufwendungen für die durch Steuern und Zölle verteuerten notwendigen Nahrungsmittel bedeuten aber in der Regel ein Einschränken auch der dringendsten Ausgaben und mithin eine Gefahr für die Volksgesundheit. Auch die Arbeiterinnen, die als verheiratete oder ledige sich selbst und vielleicht noch Familienangehörige mit ernähren müssen, spüren natürlich die Wirkungen der Zölle und Steuern in gleicher Weise. Sie müssen die dadurch verursachten Mehrausgaben von ihren schon zu niedrigen Arbeitsverdiensten bestreiten, die eine genügende Ernährung ohnein kaum ermöglichen. Allen aber fehlt die Möglichkeit, auf die Gesetzgebung einzuwirken, die Steuerlasten einzuschränken oder sie mehr auf die leistungsfähigen Schultern der Befähigten zu verteilen, weil der weiblichen Bevölkerung das politische Wahlrecht verweigert ist. Soweit sie der Arbeiterklasse angehört, muß sie ferner die gesundheitlichen Folgen der Erwerbsarbeit mit tragen, die für viele frühes Siechtum und Einschränkung der Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude bedeuten. Es bestehen zwar Arbeiterkutschvorschriften. Diese sind jedoch nicht imstande, nennenswert auf die Gesundheitsverhältnisse einzuwirken. Hinzu kommt, daß die Vorschriften nicht einmal überall angewandt werden. Noch heute fehlt es an genügender amtlicher Kontrolle zur Ueberwachung der Betriebe, die der Gewerbeordnung unterstellt sind. Unvollkommen sind ferner die Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. Bei der Krankenversicherung ist es namentlich der vorgesehene Schwangerschutz und Wöchnerinnenschutz, der absolut nicht ausreicht und nicht einmal allen der Krankenversicherung unterstellten Arbeiterinnen zugänglich ist. In der Invalidenversicherung fordern vor allen Dingen die in der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über Witwen- und Waisenrenten, die während der Zolldebatten 1902 den Frauen der besitzlosen Klasse versprochen worden sind, jetzt aber nur an invalide Witwen und deren Kinder zur Auszahlung gelangen sollen, zu lebhaftem Protest heraus. Außerdem die niedrigen Rentenätze und die Kontrollbestimmungen. Alle diese Vorschriften wirken einschneidend auf die Verhältnisse des Gesamtarbeiters. Deshalb sind auch die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen an der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften interessiert sein, weil es von diesen abhängt, inwiefern weit bei ihren Beschlüssen die Verhältnisse der Arbeiterklasse berücksichtigt werden. Noch mehr als die besitzlose Bevölkerung im allgemeinen sind die Frauen noch heute nur Objekte der Gesetzgebung. Fast nicht aber heute schon, daß in vielen Dingen ihre Mithilfe bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig ist. Dies hat sogar die Regierung zugeben müssen. Sie schreibt a. B. in der Begründung zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung: „Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, ist entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden.“ Man sollte nach dieser Aeußerung annehmen, daß der Entwurf nun auch den versicherten weiblichen Personen das Wahlrecht und das der Wählbarkeit zu allen Körperschaften der Arbeiterversicherung einräumt. Hierin ist aber im Entwurf der Reichsversicherungsordnung keine Rede. Die weiblichen Versicherten bleiben außer in der Krankenversicherung nach wie vor von der Mitwirkung ausgeschlossen. In der Behandlung der weiblichen Versicherten wird eben auch erst dann eine Aenderung eintreten, wenn allgemein die Schranken gefallen sein werden, die der öffentlichen Betätigung der weiblichen Bevölkerung heute noch entgegenstehen. Rechtlich läßt sich die Ausschaltung der Frauen von der Staats- und Gemeindeverwaltung, deren Lasten sie mit tragen müssen, nicht begründen. Wirtschaftlich bedeutet sie eine große Schädigung für die Allgemeinheit. Dies empfindet besonders die Arbeiterklasse. Ihre politische Organisation hat deshalb die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts von Anfang an in ihr Programm aufgenommen und ist auch bei jeder passenden Gelegenheit in der Praxis dafür eingetreten. Erst jetzt wieder waren ihre Vertreter im Reichstage bemüht, für die Frauen die Verfassung zu erlangen, als Schüssen fungieren zu dürfen. Leider ohne Erfolg. Hierdurch bleiben aber noch wie vor die Arbeiterinnen und weiblichen Angehörigen von der Mitwirkung an den Gewerbe- und Staatsmannsgerichten ausgeschlossen, worauf schon wiederholt hingewiesen ist. Wenn nun am 19. März d. J. die Sozialdemokratie in Ver-

sammlungen für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts demonstrieren wird, so werden die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen alles daran setzen, diese Versammlungen zu Massentundgebungen zu gestalten, in der Ueberzeugung, daß nur solche Umstände sind, der Forderung genügenden Nachdruck zu verschaffen, deren Erfüllung ihnen neben anderen Vorteilen auch bessere wirtschaftliche Verhältnisse garantiert.

Wem kommen die Agrarzölle zugute? Eine Untersuchung, die der „Vorwärts“ nach dieser Richtung anstellt, zeigt, wie skandalös, volksfeindlich und beurteilenswert die deutsche Agrarpolitik ist. Nicht mehr als 5 Proz. aller Landwirte — und das sind die größten Grundbesitzer — ziehen daraus ihren Nutzen. Enorm ist der Tribut, den das deutsche Volk dieser Handvoll Großagrarien zahlen muß. Die Getreide-, Vieh- und Fleischzölle belasten den Kopf der Bevölkerung um 39,37 Mk. pro Jahr, das ergibt eine Gesamtsumme von rund 2 Milliarden. Den geringsten Teil hiervon zieht aber die Reichskasse, denn sie erhält nur ein Achtel mit ihren Zöllen, während die anderen sieben Achtel dem unersättlichen Prantjunkerum zugute kommen. Unermesslich ist der unverdiente Wertzuwachs, den die Großagrarien durch diese schamlose Zollpolitik gewinnen. In dieser Beziehung sind die Feststellungen Rothfels in „Schmollers Jahrbuch“ von Interesse. Danach war die Preissteigerung von 1901/03 bis 1907/08 größer als die von 1896/97 bis 1901/03 in der Größenklasse unter 2 Hektar um 12 Proz., von 2 bis 5 Hektar um 11 Proz., von 5 bis 20 Hektar um 13 Proz., von 20—100 Hektar um 23 Proz., von 100—500 Hektar um 36 Proz., und von 500 Hektar und mehr um 34 Proz. Folglich hatte der Großgrundbesitz den weitaus größten Vorteil aus dem neuen Zolltarif und ist auch im Preise auf das Anderthalb- bis Dreifache von dem gestiegen, was die Preiserhöhung des mittleren und kleinen Besitzes beträgt. Ein recht anschauliches Bild der Wirkung der Zölle auf den Pachtzins geben die preussischen Domänenverpachtungen. Der Pachtzins pro Hektar betrug 1908: 40,9 M., 1909: 43,9 M. und 1910 48,9 M. Der Pachtzins für die im Jahre 1911 frei gewordenen Domänen ist wiederum auf 49 M. pro Hektar angehoben worden. Dagegen wurde 1907 der Hektar für 24,79 M. verpachtet. In welcher Weise die Getreidezölle das Brot verteuern, zeigt, daß der Preis des Roggens von 13,06 M. pro 100 Kilogramm im Jahre 1886 auf 18,05 M. im Jahre 1908 stieg. Der Roggenbrotzins erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 20,80 M. auf 31,78 M., während das Gewicht des 60 Pfennigbrotes von 2,40 Kilogramm auf 1,57 Kilogramm sank. Ein Vergleich der deutschen Fleischpreise mit denen des zollfreien England zeigt gleichfalls die deutsche Lebensmittelverteuerung durch den Zollwucher. Der Preis von Schweinefleisch in Hamburg war 1907 147 und 1908 138 Pf., in London 1907 107 und 1908 114 Pf.; von Schweinefleisch in Hamburg 1907 139 und 1908 146 Pf.; in London 1907 108 und 1908 101 Pf. pro Kilogramm. — Der Volksausplünderung kann die Arbeiterschaft nur im gewerkschaftlichen Lohnkampf und bei den kommenden Reichstagswahlen durch Entsendung entschiedener Gegner jeder Zollpolitik begegnen.

Angehobene und Betriebsorganisation. Der Rat der Stadt Leipzig hatte im Juli 1910 an sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter des Rates und Polizeiamts die Aufforderung ergehen lassen, Vorschläge für Geschäftsvereinfachungen einzureichen. Für brauchbare Vorschläge sollen Anerkennungen in Form von Geldentlohnungen erfolgen. Auf diese Aufforderung waren 112 Arbeiten eingegangen, deren eingehende Prüfung vor einiger Zeit beendet wurde. Der weitaus größte Teil dieser Arbeiten ließ erkennen, daß ihre Verfasser mit großem Fleiß, Interesse und Sachkenntnis sich bemüht hatten, praktische Vorschläge zur Vereinfachung der Dienstgeschäfte zu unterbreiten. Es wurden 32 Verfasser mit einer Geldentschädigung und 27 mit einer belobenden Anerkennung bedacht. Der größte Teil der erstatteten Vorschläge ist bereits in die Praxis umgesetzt worden. — Das Beispiel, das hier der Rat zu Leipzig gibt, sollen andere Stadtverwaltungen nachahmen.

Christliche Denunziation. Die Beilage zur christlichen „Gewerkschaftsstimme“ berichtete kürzlich über eine von der Ortsgruppe Graubenz veranstaltete Kaisergeburtstagsfeier und leistete sich dabei ein sauberes Denunziationsstück gegen diejenigen Militärarbeiter, welche sich an der Feier nicht beteiligten. „Es heißt dort: ... denn wer es nicht für nötig hält, an der allgemeinen Geburtstagsfeier des Landesheeren ein bißchen patriotische Gesinnung zu zeigen, bei dem kann die Liebe zum Vaterlande nicht weit her sein. Solche Leute würden sich bei den „Roten“ wohl bedeutend wohler fühlen, denn von und wollen sie nichts wissen, angeblich weil wir nicht genügend leisten; und solche Leute werden in Staatsbetrieben beschäftigt!“

Gleich dahinter steht ein Bericht aus Rürnberg, in dem mitgeteilt wird, daß der Vertrauensmann des freien Gemeindearbeiterverbandes im Hgl. Proviantamt als eifriger Freigewerkschaftler tätig ist, der „lobiel und bekannt, auch Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins ist.“ Diese Denunziation gewinnt erst die richtige Bedeutung, wenn man weiß, daß auf der letzten Tagung der Zentrumspartei in Bayern ein Beschluß gefaßt worden ist, der sich gegen die Beschäftigung freigewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Arbeiter in Staatsbetrieben ausspricht.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Der Reichsverband, Nationale Zeitung zur Verwirklichung der Sozialdemokratie, teilt sich eine soeben im Verlage von G. Dittl u. Co. m. b. H. in München erschienene illustrierte Festschrift, die in überaus gelungener Weise die Bestrebungen des Reichsverbandes und aller anderen Schaffmacher in Wort und Bild der verdienten Lächerlichkeit ausliefern. Der billige Preis von 10 Pf. ermöglicht es jedem, sich an dieser bei den Parteibuchhandlungen und Kolportieren vorrätigen politischen Satyre zu ergötzen.

Kritik in der Sozialdemokratie. Von Joseph Joss, Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung, gr. Oktav (126 Seiten), geb. 1 Mk. R.-Glabach 1911, Volksvereins-Verlag.

Inhalt: I. Vom Werden und Wachsen der Sozialdemokratie. II. Sozialismus und Sozialdemokratie. III. Marxistische Lehren. 1. Der historische Materialismus. 2. Die Wertlehre. 3. Zur gesellschaftlichen Entwicklung. 4. „Mit Naturnotwendigkeit“. 5. Das Endziel. IV. Die deutsche Sozialdemokratie marxistisch. V. Glaube — nicht Wissenschaft. VI. Streit um Marx. VII. Alte oder neue Marxisten? VIII. Der Revisionismus. 1. Gruppen von Revisionisten. 2. Revisionistische Kritik und Forderungen. IX. Revisionismus und Marxismus. X. Muß der Sozialismus kommen oder kann er kommen? XI. Das religiöse Problem in der Sozialdemokratie. XII. Wem wird die Zukunft gehören? Schluß. **Anhang:** Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Bewegung: 1. Organisationsform; 2. Stand der Organisation; 3. Agitationsfähigkeit; 4. Presse; 5. Agitationszentralen; 6. Die sozialistische Frauenbewegung; 7. Die sozialistische Jugendbewegung; 8. Allgemeine Bildungsbestrebungen; 9. Die Parteschule. — Wir werden auf das Nähere zu sprechen kommen.

Le Traducteur, The Translator, zwei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Diese Zeitschriften, welche soeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Urtext nebenan gesetzte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Uebersetzung des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Leses- und Lehrstoff, Gespräche, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Briefe, Vorträge, und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs Wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Ortsbeamter gesucht.

Die Filiale Mannheim sucht zum alsbaldigen Antritt einen tüchtigen Ortsbeamten.

Derselbe muß zur Führung der Filialgeschäfte und zur Agitation befähigt sein und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Die Anstellung erfolgt nach den auf dem Verbandstag in Dresden für Hilfsarbeiter beschlossenen Sätzen.

Verbandsmitglieder, die sich um den Posten bewerben wollen, haben ihr Bewerbungsschreiben spätestens bis zum 10. März d. unter der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten an den Kollegen **Karl Starck,** Alhornstraße 43 V, in Mannheim.

In dem Bewerbungsschreiben ist Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben.

Totenliste des Verbandes.

Karl Winkhöft, Hamburg

† 5. 2. 1911, 86 Jahre alt.

Peter Anckelmann, Aachen

† 7. 2. 1911, 40 Jahre alt.

Karl Schenermann, Mainz

† 7. 2. 1911, 72 Jahre alt.

Edvard Hauser, Teich

† 8. 2. 1911, 57 Jahre alt.

Frd. Helwig, Königsgb. i. Br.

Gasanstaltsarbeiter

† 9. 2. 1911, 88 Jahre alt.

Mich. Lehner, Wärschhausen i. G.

† 10. 2. 1911, 61 Jahre alt.

Jul. Herm. Frenzel, Dresden

Elekt. Lichtwerk

† 11. 2. 1911, 45 Jahre alt.

Rourad Lang, München

Gasarbeiter

† 15. 2. 1911, 43 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!